



# DEUTSCHE FORSCHUNG IM OSTEN

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE  
OSTARBEIT KRAKAU

BURGVERLAG KRAKAU GmbH.  
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

---

## 1. B E I T R Ä G E

Dr. H.-K. Nonnenmacher: Die industriellen Ballungszentren im ehem.  
Polen

Dr. Herbert Weinelt: Anfänge und Herkunft des mittelalterlichen  
Dunajetzdeutschtums, das Zipser Sachsentum und die Hausiedlung in  
der Slowakei





# DEUTSCHE FORSCHUNG IM OSTEN

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE  
OSTARBEIT KRAKAU

BURGVERLAG KRAKAU GmbH.

VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT

---

## 1. B E I T R Ä G E

- Dr. H.-K. Nonnenmacher: Die industriellen Ballungszentren im ehem.  
Polen . . . . . 153
- Dr. Herbert Weinelt: Anfänge und Herkunft des mittelalterlichen  
Dunajetzdeutschtums, das Zipser Sachsentum und die Hausiedlung in  
der Slowakei . . . . . 173

---

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Wilhelm Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Krakau. — Anschrift der Schriftleitung: Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 12. — Fernruf 152-82. — Burgverlag Krakau GmbH, Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau, Annagasse 5. — Druck: Zeitungsverlag Krakau-Warschau GmbH, Krakau, Poststraße 1. — Jährlich erscheinen 8 Hefte. — Preis je Heft: Zl. 2, — / RM 1,—. Zu beziehen durch den Verlag und durch den Buchhandel.



# DIE INDUSTRIELLEN BALLUNGSZENTREN IM EHEM. POLEN

## EINFLUSS UND BEDEUTUNG POLITISCHER UND WIRTSCHAFTS- POLITISCHER VERHÄLTNISSE

V O N D R. H.-K. N O N N E N M A C H E R, K R A K A U

Referent an der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

Das ehem. Polen war in mancher Hinsicht ein Land der Gegensätze, wie es wohl wenig Beispiele ähnlicher Ausprägung bei einem regional so begrenzten Gebiet gibt. In seinem westlichen Teil saß ein hochstehendes Bürger- und Bauerntum, das kulturell im deutschen Kulturboden wurzelte; im Osten wurde von einer Bevölkerung, bei der der Analphabetismus eine weitverbreitete Erscheinung war, in primitivster Weise dem Boden ein nur kärglicher Ertrag abgewonnen, der bei der Mehrzahl der Bevölkerung eben schlecht und recht den Lebensunterhalt sicherte, sie aber aus ihrer bitteren Armut nicht herauskommen ließ. Den dortigen Dörfern und ihrer Bewohnerschaft war die Zugehörigkeit zum europäischen Osten auf den ersten Blick anzumerken. Ähnlich, wenn auch nicht in dem Maße, war das Verhältnis zwischen dem Nord- und dem Südteil des Landes. Dort wirkten die Ausstrahlungen der Millionenstadt Warschau, hier, in Galizien, waren von der einstigen Bedeutung dieses Gebietes, die sich aus der Lage an der großen mittelalterlichen Transitstraße zwischen Ost und West ergeben hatte, nur noch Spuren in den bleibenden Werken vorhanden. In der Zeit der Zugehörigkeit Galiziens zu Österreich-Ungarn war die Verbindung zu den anderen Teilen der Monarchie durch den Karpatenrücken beeinträchtigt, während die Grenzziehung zu den russischen Gebieten im Norden und Süden einem hermetischen Abschluß gleichkam.

Dieser kulturellen Unausgeglichenheit des Landes entsprach ein ähnlich weitreichender Spannungsverlauf in der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe. Hochentwickelte Industrierayons auf der einen, völlig industrieloze, im Anfang der Agrikulturstufe befindliche Gebiete auf der anderen Seite waren es, die eine Einordnung des ehem. polnischen Staates in ein Wirtschaftssystem nur unter Schwierigkeiten gestatten. Reihen wir ihn unter die Agrarstaaten ein unter Hinweis darauf, daß der größte Teil der Bevölkerung im Landbau seinen Lebensunterhalt fand, so trifft dies zweifellos zu, wenn wir die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftszweigen als Symptom werten. Gestützt wird diese Annahme auch durch den Außenhandel, der mit einem im Rahmen der gesamten Handelsbilanz beträchtlichen Aktivsaldo für landwirtschaftliche Erzeugnisse abschloß. Weniger überzeugend sind dagegen die absoluten Zahlen, die sich bei Errechnung der Exportquoten je Kopf der Bevölkerung ergeben. Denn das ehem. Polen gehörte zu den Staaten mit dem geringst entwickelten Außenhandel in Europa.

Mit der Bezeichnung eines agrarischen Landes tut man jedoch geschlossenen, wenn auch kleineren Gebieten mit weitaus vorherrschendem industriellem Gepräge Zwang an, die im übrigen so wichtig innerhalb des Staatswesens waren, daß sie eine

gesonderte Betrachtung rechtfertigen. Dieser Voraussetzung entsprachen folgende drei Regionen: 1. Das ostoberschlesische Industriegebiet, dem auch die sich in den angrenzenden Dombrowaer und Krakauer Kohlerevieren befindliche Industrie mit zuzurechnen ist, 2. das Litzmannstädter Textilzentrum, nämlich die Stadt Litzmannstadt selbst sowie einige weitere Orte in der Umgebung sowie 3. der Industriebezirk Warschau. In diesen drei Gebieten war der überwiegende Teil der ehem. polnischen Industrie, vor allem der großbetrieblichen, vereinigt<sup>1)</sup>. Was in den übrigen Teilen des Landes an Gewerbe bestand, war größtenteils mehr handwerksmäßig als industriell, wenn noch von einigen Industriezweigen, die auf örtlichen Rohstoffvorkommen, wie dem Erdöl in Galizien, Holz in den Karpaten sowie im Osten, Eisenerze in dem altpolnischen Industriegebiet um Kielce usw., abgesehen wird. Bei ihnen war ihre Verbundenheit mit örtlichen Rohstoffvorkommen offensichtlich, ohne daß aber wegen der begrenzten Rohstoffvorräte sich eine wirklich bedeutende Industrie entwickeln konnte.

Man soll sich hüten, in dem genannten unterschiedlichen Wirtschaftsgefüge in den einzelnen Teilen des Landes Übergänge von niedrigerer zu höherer Entwicklungsstufe zu sehen, die im Verlaufe einer organischen Entwicklung sich ergeben hätten. Polen war vielmehr ein Land größter Gegensätze, dadurch erklärlich, daß in ihm Gebiete dreier Staaten nach dem Weltkrieg mit völlig verschiedenem kulturellem und wirtschaftlichem Gepräge sowie mit ganz anderen kulturellen und wirtschaftlichen Grundsätzen vereinigt wurden. Wie in politischer und kultureller, so konnten diese ebensowenig in wirtschaftlicher Beziehung während der polnischen Eigenstaatlichkeit beseitigt werden. So hatten auch die Industriegebiete, wie sie oben aufgezählt wurden, vor dem Weltkrieg eine ganz andere Bestimmung gehabt, die den damaligen Gegebenheiten angepaßt war. Bei Klärung ihrer Standortslage kann man daher nicht an ihrem Entwicklungsgang vorübergehen.

## II.

Was den vor dem Weltkrieg preußischen Teil der Republik Polen anbelangt, so können die Provinzen Posen und Westpreußen als industriell nicht bedeutsam unberücksichtigt bleiben. Sie fanden ihr Gepräge in einer sehr intensiven Landwirtschaft, wogegen besonders günstige Vorbedingungen für einen stärkeren industriellen Ausbau nicht gegeben waren. Durch ihre Zugehörigkeit zu einem Staat, der über solche industriellen Ballungsräume mit von Natur aus günstigen Standortbedingungen für eine hochentwickelte material- wie arbeitsorientierte Industrie wie das Ruhrgebiet, Schlesien, Sachsen oder den Industriekern von Berlin verfügte, tendierte der weitere Industriesaufbau vor dem Weltkrieg, in einer Zeit also, in der fast uneingeschränkt der wirtschaftliche Vorteil, also privatwirtschaftliche Überlegungen, den Standort bestimmten, nach den alten Industriegebieten mit ihren günstigen Standortbedingungen. Im Gegenteil, Posen und Westpreußen erging es wie auch anderen

<sup>1)</sup> Nach der Volkszählung von 1931 waren etwa  $\frac{3}{5}$  der Arbeiter des gesamten Polens in den Woiwodschaften Warschau (Stadt und Land), Litzmannstadt (Stadt und Land), Schlesien und Kielce, von dessen Industrie ein Teil zu den oben angeführten Zentren gehört, beschäftigt.

rohstoffarmen agraren Räumen; mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens und der damit sich ergebenden Verkürzung der Entfernungen waren ein zunehmender relativer oder gar absoluter Rückgang der konsumorientierten Fertigwarenindustrie und ihre Verlagerung in die Ballungszentren der rohstoffreichen Gebiete festzustellen. Als Agrarprovinzen eines industriell strukturierten Landes war dagegen der Absatz der auf Erzielung von Überschüssen abgestellten Landwirtschaft der beiden Provinzen nach dem Westen sichergestellt, und die zuwachsende Bevölkerung konnte ohne Schwierigkeiten in den westlichen Industriestädten eine neue Heimat und Arbeitsmöglichkeiten finden.

Ganz industrielos waren jedoch Posen und Westpreußen keineswegs. Ihrem agraren Charakter entsprach eine gut ausgebaute landwirtschaftliche Industrie. Hier sind in erster Linie die Zuckerindustrie, aber auch Brennerei-, Mühlen-, Fleisch- und andere Industrien zu nennen. Aber auch deren Produktion war überwiegend zur Versorgung der Industriegebiete bestimmt; sie war also nicht konsumorientiert. Standortsbildend war vielmehr die agrarische Rohstoffgrundlage, wobei die Volumosität dieser landwirtschaftlichen Rohstoffe, vor allem der Hackfrüchte, die ausschlaggebende Rolle spielte. Bezeichnend ist, daß etwa die Zuckerfabriken allgemein auf die Rohzuckererzeugung eingestellt waren und der Rohzucker, der nicht entfernt so transportempfindlich wie die Zuckerrübe ist, zur Weiterverarbeitung an mitteldeutsche Raffinerien ging. Im engen Zusammenhang mit der Landwirtschaft stand auch eine zwar nicht bedeutende, aber doch immerhin zu nennende Maschinenindustrie, die in einigen größeren Städten sich entwickeln konnte und auf die Fabrikation einfacher landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte eingestellt war. Sie ist zumeist aus Reparaturwerkstätten hervorgegangen<sup>2)</sup>.

Anders war die Situation in Ostoberschlesien, jenem nach dem Weltkrieg zu Polen geschlagenen Teil des oberschlesischen Industriegebietes. Hier boten Blei-, Zink und Steinkohlenvorkommen, anfänglich auch Eisenerze, die Grundlage für einen diese Rohstoffe ausbeutenden Bergbau sowie eine Verarbeitungsindustrie, angefangen von der Hüttenindustrie — diese ist dem industriellen Steinkohlenbergbau noch vorangegangen — bis zur Maschinenindustrie. Der schnelle Ausbau eines leistungsfähigen Eisenbahnliniennetzes sowie die Möglichkeiten, über den Wasserweg billige und auf weite Entfernungen vorteilhaft sich auswirkende Transporte durchführen zu können, taten das ihrige, um neben der ausgesprochenen Rohstoffindustrie eine weiterverarbeitende und selbst eine Fertigwarenindustrie bedeutenden Umfanges sich entwickeln zu lassen. Ein Teil der Bergbauförderung konnte daher innerhalb des oberschlesischen Wirtschaftsbezirkes selbst Absatz finden. Das war für die Gesamtentwicklung um so wichtiger, als der Steinkohlenbergbau wegen seiner Randlage an der südöstlichen Grenze des Reiches ungünstigere Standortbedingungen als das westlich und zentraler gelegene Ruhrgebiet hatte. So konnte sich selbst die englische Kohle vor dem Weltkrieg Eingang in bisherige Absatzgebiete Oberschlesiens, wie etwa nach Berlin,

<sup>2)</sup> v. Guenther-Swart, I., Die Industrie in Posen und Westpreußen, in: Jahrbuch 1940 — Osteuropa-Institut, Breslau 1941, S. 154.



verschaffen<sup>3)</sup>). Die Entwicklung der Kohlenförderung ist ein deutlicher Beweis für den wirtschaftlichen Aufstieg der oberschlesischen Industrie, wenn auch wegen der erschwerten Konkurrenzbedingungen die Produktionssteigerung nicht ganz so groß wie beim Ruhrgebiet war. Von 1881 bis 1913 stieg die Kohlenförderung Oberschlesiens von 10,4 Mill. auf 43,4 Mill. t (im Ruhrgebiet während des gleichen Zeitraumes von 23,6 Mill. t auf 114,5 Mill. t).

Nach den Ausführungen von Beghagel<sup>4)</sup> waren allein in den Aktiengesellschaften Oberschlesiens vor dem Weltkrieg 450 Mill. M. angelegt. Unter Berücksichtigung der Aufwendungen des Staates und von Privatpersonen nahm er den Wert des gesamten investierten Kapitals mit 2 Mrd. M. an.

In dem bis zum Weltkrieg unter russischer Herrschaft stehenden Kongreßpolen nahm Litzmannstadt (einschl. seiner Umgebung) wegen seines überragenden textilindustriellen Charakters eine Sonderstellung ein. Die Entwicklung Litzmannstadts unterscheidet sich grundlegend von der Oberschlesiens und auch von der des sog. Dombrowaer Industriegebietes, das in Entstehung und Charakter gewisse Ähnlichkeit mit Oberschlesien aufweist. Das Bemerkenswerte an der Litzmannstädter Textilindustrie ist die Entwicklung dieses Standortes, die nur mit Hilfe eines historischen Rückblickes zu verstehen ist. Nach dem Beispiel der unter Zar Alexander gemachten Anstrengungen, eine Industrie größeren Ausmaßes in Rußland zu gründen und großzuziehen, gewährte auch das kongreßpolnische Gebiet an ausländische Fabrikanten Privilegien. Die Grundlage für das spätere Aufblühen der kongreßpolnischen Textilindustrie dürfte wohl die Verordnung des Statthalters von Warschau vom 18.9.1820 gewesen sein, in der einwandernden Tuchmachern große materielle Vorteile zugesagt wurden, falls sie sich in bestimmten Regierungsstädten niederließen. Ihr folgte bald ähnliches Entgegenkommen bei tatkräftigen und fortschrittlichen Gutsbesitzern<sup>5)</sup>. Das tragende Element der durch Steuerbefreiungen, freie oder billige Materiallieferungen, durch Zurverfügungstellung von Baugelände u. ä. angezogenen ausländischen Tuchmacher waren Deutsche. Litzmannstadt war bei Beginn, ebenso wie auch die anderen später in Blüte gekommenen Städte dieses Gebietes, ein ganz unbedeutender Ort, der 1793 gerade 190 Seelen, um 1820 nicht einmal 800 Einwohner zählte. An Industrie war praktisch nichts vorhanden. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung war, daß auf Grund der genannten Privilegien wagemutige deutsche Fabrikanten sich in diesem Ort niederließen und ein beachtliches Tuch- und einige

<sup>3)</sup> Beghagel, Georg, Der Aufbau der Industrie Oberschlesiens im Wechsel der Zeiten und Wirtschaftsräume, in Jahrbuch 1940 des Osteuropa-Instituts, a. a. O. S. 169.

<sup>4)</sup> Ebenda.

<sup>5)</sup> Ein großer Teil der Industrialisierung in Kongreßpolen wie in Rußland war reichen Gutsbesitzern zuzuschreiben und zu verdanken, die in dem industriellen Betrieb eine Möglichkeit zur Vergrößerung ihres Vermögens erblickten. Viele dieser Fabrikgründungen erfolgten aber völlig unfachgemäß und in einer wirtschaftlich nicht zu vertretenden Weise, so daß nur ein Teil sich fortentwickeln konnte. Ein interessantes Beispiel aus der Entstehungsgeschichte einer Zuckerfabrik im Lubliner Gebiet findet sich: Nonnenmacher, Die Aufgaben der Zuckerindustrie im Generalgouvernement (in Vorbereitung). Vgl. ferner auch die interessanten Äußerungen über diesen Punkt bei: Turgenjeff, Die neue Generation.



Jahre darauf Baumwollgewerbe gegründet war, als die Epoche der Industrialisierung der bisherigen Manufakturbetriebe — im großen Stil etwa seit 1870 — begann. Denn Litzmannstadt und seine Umgebung wiesen keineswegs günstige Vorbedingungen auf. Wohl wird in Berichten aus der Gründungszeit etwas anderes gesagt, aber das zeigt nur, wie wenig bei den damaligen kleinbetrieblichen Manufakturen die in der späteren Industrialisierungsperiode relevanten Standortsfaktoren eine Rolle spielten. So wurde von dem Fabrikanten Wendisch als Grund seiner Niederlassung in Litzmannstadt u. a. die verkehrsgünstige Lage zwischen Warschau und Kalisch angeführt<sup>6)</sup>. Oder von einem Regierungsbeamten wurde über Litzmannstadt ausgeführt: „Eine kleine hölzerne Stadt, seit zwei Jahren für die Ansetzung von Fabrikarbeitern bestimmt, die reichlich Wasser besitzt; es springen viele Quellen, so daß beinahe an jedes Fabrikanten Haus ein Bächlein zu Fabrikationszwecken herangeleitet werden könnte“<sup>7)</sup>. Bei der Auswahl der Regierungsstädte für die Textilbetriebe waren im Grunde genommen fiskalische Gründe ausschlaggebend gewesen. Aus bisher siedlungsarmen Waldgegenden sollten reiche Kulturlandschaften mit entsprechenden Steuereingängen werden<sup>8)</sup>.

Tatsächlich war die Versorgungslage der Fabrikbetriebe äußerst schlecht. Litzmannstadt ist heute wegen seiner Wasserarmut bekannt; das benötigte Wasser muß erst durch tiefe Brunnen erbohrt werden. Das damals reichlich vorhandene Holz wurde bald durch die Kohle verdrängt, zu deren Gewinnungsorten die Stadt etwa 170 km Luftlinie entfernt liegt. Besonders ungünstig lag Litzmannstadt lange bis in die Industrialisierungsperiode hinein in verkehrsmäßiger Hinsicht. Gehörte es doch zu dem Westteil Kongreßpolens, der entsprechend der russischen strategischen Planung, die sich in der wichtigsten Epoche des Eisenbahnbaues geltend machte, bewußt verkehrsarm gehalten werden sollte, um dem Gegner im Kriegsfall den Vormarsch gegen das große Befestigungssystem, dessen westlicher Brückenkopf Warschau war, zu erschweren. Die schon früh — im Jahre 1848 — erbaute Warschau-Wiener Bahn führte an Litzmannstadt vorbei; eine Verbindung mit ihr erfolgte erst 1866 durch die sog. Lodzer Fabrikbahn (Koluszki-Lodz). Der Anschluß Litzmannstadts an das russische Breitspurnetz<sup>9)</sup> fand aber erst sehr spät, nämlich durch den Bau der Warschau-Kalischer Strecke 1900/04, statt. Diese Linie wurde schließlich trotz entgegenstehender strategischer Rücksichten erbaut, wobei Erwägungen zum Schutze der Litzmannstädter Textilindustrie eine maßgebliche Rolle spielten. Mochten auch die Verkehrsbedingungen zu Beginn der Litzmannstädter Entwicklung nur von untergeordneter Bedeutung gewesen sein, so fällt aber die Verkehrserschließung Litzmannstadts bereits in einen Zeitraum, als dies sich bereits grundlegend geändert hatte; Litzmannstadt wies in der Zeit seiner Blüte außerordentlich ungünstige Verkehrsverhältnisse auf.

---

<sup>6)</sup> Scholz, E.-W., Die wirtschaftliche Lage der Lodzer Textilindustrie, Diss. Innsbruck 1936.

<sup>7)</sup> Abgedr. bei Breyer, A., Deutsche Tuchmachereinwanderung in den ostmitteleuropäischen Raum von 1550 bis 1830, Leipzig u. Posen 1941, S. 128.

<sup>8)</sup> Breyer, A., a. a. O., S. 128 ff.

<sup>9)</sup> Die Bahnen Kongreßpolens waren grundsätzlich in Breitspur gehalten. Lediglich die von Warschau ausgehenden Wiener und die Thorner Streckenführungen wiesen Normalspur auf. Daher war Litzmannstadt verkehrsmäßig erst mit dem Anschluß an die Breitspur voll erschlossen.

Wir haben hier ein typisches Beispiel über die Entstehung eines traditionsbedingten Standortes vor uns, wobei der wichtigste Faktor die hier tätigen deutschen Fabrikanten waren, wozu sich dann allerdings auch die Vorteile einer industriellen Agglomeration gesellten. Diese Faktoren wogen immerhin so schwer, daß Litzmannstadt nach 1870 einen staunenswerten Aufschwung nahm und sich auch gegenüber anderen, während der industriellen Epoche in Kongreßpolen neu entstandenen Standorten durchzusetzen vermochte. Es sei auf die Textilindustrie um Sosnowitz und Tschenstochau hingewiesen<sup>10)</sup>, die durch billigere Kraftstoffe und niedrigere Löhne (Familienmitglieder der Bergarbeiter!) angezogen wurde.

Trotz der gewährten Privilegien und seiner unternehmungsfreudigen Fabrikanten hätte Litzmannstadt sich schwerlich zu seiner Bedeutung entwickelt, wenn ihm nicht der russische Absatzmarkt offengestanden hätte. Bis 1851 bestand zwar eine Zollgrenze auch für kongreßpolnische Erzeugnisse, jedoch hat die Ausfuhr von Tuchen dorthin nie ganz aufgehört, selbst nicht in dem Zeitraum von 1831—1851<sup>11)</sup>, wobei allerdings eine nicht unbeträchtliche Rolle der Schwarzhandel über die Grenze gespielt hat. Nach 1851 und vor allem nach 1877 (Einführung des Goldzolles) kam Kongreßpolen in den Genuß des prohibitiven Zollsystems Rußlands, das eine Konkurrenz von außen praktisch nicht aufkommen ließ. Da aber auch die benötigten Rohstoffe, soweit sie nicht aus Rußland selbst stammten — dies war sowohl bei einem großen Teil der Wolle wie einem nicht ganz so hohen Prozentsatz der Baumwolle der Fall, wobei aber die Anfracht die Rohstoffkosten verteuerte —, hohe Zollbelastungen zu tragen hatten, war zwangsläufig eine nur nach dem Osten gerichtete Einstellung die Folge. Litzmannstadt war etwa auf dem deutschen Markt nicht konkurrenzfähig. Allerdings war Rußland sehr aufnahmefähig, besonders nach 1861, als durch die Bauernbefreiung ein breiterer Markt für einfache Tuche sich öffnete, während vorher im wesentlichen der Militärbedarf als wirksamer Faktor vorhanden war. Auf diese Abnehmerkreise war die Litzmannstädter Textilindustrie bis zum Weltkrieg mit ihrem ganzen Produktionsprogramm ausgerichtet. Dies war insofern gerechtfertigt, als annähernd  $\frac{3}{4}$  ihrer Gesamtproduktion nach Rußland gingen, während der kongreßpolnische Markt selbst dagegen eine kleine Rolle spielte. Für ihn war dieser Industriezweig weit überdimensioniert. Die Bedeutung der Litzmannstädter Industrie innerhalb der gesamtrussischen Textilindustrie zeigen auch folgende Zahlen: Vor dem Weltkrieg betrugen die Anteile der kongreßpolnischen an der russischen Textilindustrie<sup>12)</sup> der Zahl der Fabriken nach 32% und dem Produktionswert nach 28%<sup>13)</sup>. 1911 betrug

<sup>10)</sup> Das dritte Textilzentrum Kongreßpolens, Bialystok, ist schon zu einem früheren Zeitpunkt als Ableger von Litzmannstadt entstanden, und zwar nach 1831, als Rußland seine Zölle gegenüber Kongreßpolen als Folge des polnischen Aufstandes erhöhte. Eine Reihe von Fabrikanten siedelte daraufhin in das russische Gebiet über, um auf diese Weise ihren russischen Absatz erhalten zu können. 1851 fiel dann die Zollgrenze zwischen Rußland und Kongreßpolen überhaupt. Die Bialystoker Industrie, im Vergleich zu Litzmannstadt im übrigen recht unbedeutend, konnte sich bis heute halten.

<sup>11)</sup> Vgl. Anm. 10.

<sup>12)</sup> Bei Berücksichtigung nur der größeren Betriebe und der wichtigsten Bezirke des europäischen Rußlands.

<sup>13)</sup> Rocznik Statystyczny Królestwa Polskiego 1914, Warschau 1915 S. 110.



die Spindelzahl in Kongreßpolen 1477684, davon in Litzmannstadt 956522, die Zahl der Webstühle in Kongreßpolen 32188, davon in Litzmannstadt 22244<sup>14)</sup>.

Die Anpassungsfähigkeit der jungen kongreßpolnischen Industrie an die russischen Bedürfnisse war neben ihrer technischen Leistungsfähigkeit der wichtigste Faktor, der die bereits erwähnte Standortungunst Litzmannstadts mehr als ausglich. Wie aus den obigen Zahlen hervorgeht, verfügte auch das übrige Rußland über eine beachtliche Industrie dieser Branche, die sich vor allem um Petersburg und Moskau konzentrierte. Man bedenke, daß diese näher an den heimischen Rohstoffquellen sowie am Absatz lag. Außerdem verfügte sie auch über billigere Arbeitskräfte, deren Produktivität aber vor allem als Folge der technischen Rückständigkeit der Betriebe weit unter derjenigen der kongreßpolnischen lag. Trotzdem konnte sich die kongreßpolnische Produktion durchsetzen. Die interessante Begleitmusik zu den Konkurrenzverhältnissen bildete der jahrelange Kampf der Moskauer Textilindustrie gegen Litzmannstadt mit dem Ziel, eine differenzierte, einseitig gegen die kongreßpolnische Konkurrenz gerichtete Zollgebarung oder andere Maßnahmen zur Benachteiligung Kongreßpolens zu erreichen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Entwicklung des Litzmannstädter Industriezentrums nur als Folge der in Rußland gegebenen Absatzmöglichkeiten in der geschehenen Weise stattfinden konnte. Der eigene Markt war noch viel zuwenig entwickelt und ohne eine breite Käuferschicht, die aufnahmefähig genug gewesen wäre. Denn die Landwirtschaft als der Hauptbeschäftigungszweig der Bevölkerung stand auf wirtschaftlich sehr schwachen Füßen. Sosehr die russischen Maßnahmen die Entwicklung der Industrie begünstigten, sosehr führten ihre Regelungen im agraren Sektor zur Benachteiligung der kongreßpolnischen Landwirtschaft, so daß diese nicht einmal in Kongreßpolen selbst gegen das dank einer einseitigen Tarifpolitik bei den Eisenbahnen begünstigte Ukrainegetreide konkurrenzfähig war und in der Folge den Anbau mehr und mehr extensivieren mußte.

Hinsichtlich der Bedeutung des russischen Absatzmarktes weist die Entwicklung des Sosnowitzer-Tschenstochauer Industrieviers gewisse Ähnlichkeit mit dem vorgenannten Rayon auf. Die Begründung der Textilindustrie in Sosnowitz und Tschenstochau war eine unmittelbare Auswirkung der russischen Zollpolitik, und zwar war sie eine Folge des sog. Goldzolls von 1877, um dem zu entgehen und die bisherige Belieferung des russischen Marktes aufrechtzuerhalten, eine Übersiedlung deutscher Textilindustrie in das kongreßpolnische Grenzgebiet stattfand. Wie oben schon ausgeführt, war die Standortswahl dabei in der Zeit der schon beginnenden großbetrieblichen Orientierung entgegen der Litzmannstädter Tradition von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nämlich billigeren Kraftstoffen und niedrigeren Arbeitslöhnen sowie besserer Verkehrslage, geleitet. Was die Entwicklung des Bergbauzweiges (Steinkohlen-Eisenerze) betrifft, so liegt eine Parallele zur Textilindustrie trotz der verschiedenen Bereiche nahe; denn zwar hatten der beginnende Bergbau und die

<sup>14)</sup> Schweikert, K.: Die Baumwollindustrie Russisch-Polens. Ihre Entwicklung zum Großbetrieb und die Lage der Arbeiter. Zürich-Leipzig 1913.



Eisengewinnung durch die Lage der Rohstoffvorkommen einen vorgeschriebenen Standort und auch seit der Entwicklung der Verarbeitungsindustrie des Bezirkes sowie der nahen Warschauer und Litzmannstädter Industriezentren günstige Absatzmöglichkeiten, aber da diese den russischen Absatzmarkt mit großen Teilen ihrer Produktion belieferten, war somit auch der Bergbauzweig mittelbar mit dem russischen Markt verbunden<sup>15)</sup>. Ganz zu schweigen von demjenigen Kontingent an Kohle und Eisen, das nach Rußland trotz der Konkurrenz des Donezgebietes ausgeführt wurde. Hier kam Kongreßpolen die Erhebung eines Kohleinfuhrzolles (1884) zugute, der zeitweise stärkere Abgaben Kongreßpolens zur Verringerung der daraufhin auftretenden Kohleknappheit in Rußland zur Folge hatte. 1913 gingen noch 11,42% der Förderung mit der Eisenbahn nach Rußland<sup>16)</sup>. Dem stand allerdings eine Kohleinfuhr von 1,52 Mill. t gegenüber, die sich daraus erklärt, daß die Dombrowaer Kohle nicht für alle Zwecke, so etwa für die Koks-erzeugung, geeignet ist.

Warschau als Industriestandort hatte demgegenüber eine andere Entwicklung. Im Gegensatz vor allem zu Litzmannstadt bildete sich hier ein Standort auf Grund gegebener Standortsbedingungen, die in erster Linie auf der politischen und allgemeinwirtschaftlichen Bedeutung der Stadt beruhten. Warschau zählte 1827, als Litzmannstadt erst 2837 Seelen hatte, bereits eine stattliche Bevölkerung von 131484, 1893 waren es 501021 Menschen. Bietet schon die Großstadt im Osten wegen der in ihr konzentrierten, in der Regel der überwiegende Teil der innerhalb größerer Räume überhaupt vorhandenen Wirtschaftskräfte und wegen ihrer Verkehrserschließung eine verhältnismäßig günstige Standortsvoraussetzung an sich, so war dies für die industrielle Entwicklung Warschaus in besonderem Maße von Bedeutung. Die ersten Eisenbahnen Kongreßpolens gingen von hier aus; Warschau entwickelte sich in der Folgezeit schnell zu einem Eisenbahnknotenpunkt ersten Ranges, wobei es als Ausgangspunkt der großen nach Rußland hineinführenden Linien besondere Bedeutung hatte. Die große, zu einem Teil schon handwerklich geschulte Bevölkerung bot ein Reservoir an für qualifizierte Arbeiten geeigneten Arbeitskräften, zog also arbeitsorientierte Industrien an. Außerdem war die Stadt selbst ein nicht zu unterschätzender Konsumfaktor; denn der weitaus überwiegende Teil des kongreßpolnischen Absatzes ging in die Städte, während die Landbevölkerung für industrielle Erzeugnisse nur eine geringe Aufnahmefähigkeit hatte, wie in diesem Gebiet dies auch heute noch gilt. So sehen wir in Warschau ein Zentrum stark arbeitsorientierter Verarbeitungs- und außerdem eine stark ausgebaute Konsumindustrie, vor allem Nahrungsmittelindustrie, heranwachsen. War das Litzmannstädter oder das Sosnowitzer-Tschenstochauer Industriegebiet durch einige dominierende Industriezweige gekennzeichnet, so zeigte sich in Warschau eine viel größere Mannigfaltigkeit in der Zusammensetzung der dortigen Industrie, aber

<sup>15)</sup> 1870 betrug die Kohlenförderung 329000 t, 1880: 1286000 t, 1890: 2470000 t, 1900: 4109000 t, 1910: 5468000 t, 1913: 6833588 t.

<sup>16)</sup> Michael, R., Bergbau und Hüttenwesen, in Handbuch von Polen. Herausg. E. Wunderlich, Berlin 1917, S. 384.

auch in der Streuung der Betriebsgrößen<sup>17)</sup>. Legen wir die amtlichen Ermittlungen der deutschen Verwaltung im Januar 1916 — eine durch die Kriegsverhältnisse bedingte Ungenauigkeit und Unvollständigkeit muß in Kauf genommen werden — zugrunde<sup>18)</sup>, so stand im Kreis Warschau (Stadt und Land) sowohl der Zahl der Betriebe wie der beschäftigten Arbeiter nach die Metallindustrie mit ihrem vielgestaltigen Produktionsprogramm an der Spitze. In ihr waren allein 38% der Arbeiter beschäftigt. Ihr folgten in größerem Abstand die Textil-, die Papier- und graphische, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie u. a.

Würden genauere Angaben über den inneren russischen Handelsverkehr vorliegen, so könnte an Hand dieser auch für die Warschauer Industrie eine mehr oder weniger bedeutende Abhängigkeit vom russischen Markt nachgewiesen werden. Sie war aber im allgemeinen weit geringer, als dies für Litzmannstadt festgestellt wurde. Die Entwicklung Warschaus beruhte erst in zweiter Linie auf den Absatzmöglichkeiten nach dem inneren russischen Markt. So ist also die Warschauer Industrie auf eine viel organischere Weise entstanden; ihr haftete nicht das Treibhausähnliche, wie etwa Litzmannstadt, an. Ohne Zweifel bot Warschau als Industriestandort für die kongreßpolnischen Verhältnisse, soweit es sich nicht um ausgesprochen rohstofforientierte Zweige handelte, günstige Voraussetzungen.

Ähnlich wie Ostoberschlesien und der Westteil Kongreßpolens des nachherigen Polen in gewerblicher Hinsicht unter dem Einfluß ihrer damaligen staatlichen Zugehörigkeit standen, so traf dies auch für Galizien zu, wenn auch hier die Auswirkungen ganz andere waren. In seiner Entwicklung ähnelte es insofern Posen-Westpreußen, als es ganz überwiegend landwirtschaftlichen Charakter trug<sup>19)</sup>, dem auch eine Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte entsprach. Jedoch stand es den preußischen Provinzen hinsichtlich des Intensitätsgrades weit nach, so daß die agraren Überschüsse verhältnismäßig gering waren. Eine verarbeitende Industrie war nur schwach entwickelt, teils weil die ansässige landwirtschaftliche Bevölkerung nur ein geringes Konsumpotential aufwies, teils weil in Galizien als landwirtschaftlichem Gebiet die Industrialisierung nicht forciert wurde. Ohne auf dieses Gebiet zugeschnittene staatliche Maßnahmen hätte Galizien für eine Industrialisierung nur wenig Aussichten gegen

<sup>17)</sup> Dies zeigt eine Gegenüberstellung der beiden damaligen Gouvernements Petrikau (in ihm lag Litzmannstadt) und Warschau (1912). Von der Gesamtzahl der Arbeiter befanden sich in Betrieben mit:

Gesamtzahl der Arbeiter	bis 20	21—50	51—100	101—500	501—1000	über 1000 Arbeitern
-------------------------	--------	-------	--------	---------	----------	---------------------

Gouv. Petrikau						
167550	5897	12641	13868	39156	24 657	71 331
%	3,5	7,5	8,3	23,4	14,7	42,6
Gouv. Warschau						
81210	3838	8815	9833	30998	15 423	12 303
%	4,7	10,9	12,1	38,2	19,0	15,1

Aus bzw. berechnet nach: Rocznik Statystyczny Królestwa Polskiego 1914, a. a. O. S. 115.

<sup>18)</sup> Działas, H., Abschnitt Industrie, in: Handbuch von Polen, a. a. O.

<sup>19)</sup> Nach der Volkszählung von 1910 entfielen 78,67% der Berufstätigen auf Land- und Forstwirtschaft (1890: 83,88%). Die Bevölkerungszahl betrug damals etwa 8 Mill. Nach: Österreichisches Statistisches Handbuch von 1913.

die bereits entwickelte Industrie anderer Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gehabt. Dieses schon damals stark übevölkerte Gebiet besaß wegen seiner nur gering ausgebauten Industrie so nur die Möglichkeit, größere Teile der nicht vollbeschäftigten Bevölkerung in die benachbarten Gebiete als Wanderarbeiter zu entsenden. So bezifferte sich die Zahl der aus Österreich-Ungarn saisonal nach Deutschland auswandernden Polen und Ruthenen, deren Heimatland größtenteils Galizien war, nach den Legitimationen der deutschen Arbeiterzentrale 1912/13 auf 166472 Personen. 1894 bestanden in den Zweigen des Handels und der Industrie (einschl. Bergbau) nur drei Aktiengesellschaften, womit das Fehlen industrieller Großbetriebe unterstrichen wird<sup>20)</sup>.

Um die Jahrhundertwende bis zum Weltkrieg ist dann allerdings ein Anstieg des Industrialisierungsstandes erkennbar. 1912 belief sich die Anzahl der Aktiengesellschaften auf 30. In 4096 Fabriken waren 101808 Arbeiter beschäftigt (1910).

Ein größerer Teil der vorhandenen Industrie war aber durch einzelne Rohstoffvorkommen bedingt oder baute auf der landwirtschaftlichen Produktion auf. Mehr als 21% der Arbeiter waren in der Industrie der Steine und Erden, 20% in der Nahrungsmittelindustrie und 12% im Bergbau beschäftigt. Dagegen traten die anderen Industriezweige zurück. Die nächstbedeutendsten waren die Metallverarbeitung (7%), die Webereien und die chemische Industrie (je 5%) sowie der Maschinen- und Apparatebau (4%)<sup>21)</sup>.

### III.

Der verschiedenartigen Entwicklung der Teilgebiete ist die von Gegensätzen beherrschte Wirtschaftsstruktur des nachherigen Polens zuzuschreiben. Das industrielle Gepräge erfuhr das Land durch den großen Sektor der Litzmannstädter Textilindustrie, durch die Verarbeitungsindustrie in Warschau und die Rohstoff- und Verarbeitungsindustrie in dem von Oberschlesien abgetrennten Teil, in dem allein 53 der insgesamt 67 Kohlengruben sowie die ganze Rohzink- und Rohbleiförderung gelegen waren. Alle diese Industrien waren aber auf größere Märkte zugeschnitten, die dem Nachkriegspolen nicht mehr bzw. nicht mehr im früheren Umfang offenstanden. Andererseits fehlten aber auf die breiten Konsumbedürfnisse eingerichtete Industriezweige, da Polen aus nationalen Gründen den bisherigen Lieferanten solcher Produkte den früher getätigten Absatz verwehrte.

Aus dieser Lage heraus ist auch die äußerst zwiespältige Wirtschaftspolitik Polens zu verstehen, die immer wieder zwischen protektionistischen Maßnahmen für die Landwirtschaft, in der, wie gesagt, der Hauptteil der Bevölkerung Beschäftigung fand, und dem industriellen Sektor schwankte, um schließlich trotz der Bedeutung der Landwirtschaft die industrielle Seite bewußt zu bevorzugen. Ein guter Teil der wirtschaftspolitischen Maßnahmen galt dabei dem Schutze der in Anbetracht der eigenen Auf-

<sup>20)</sup> Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild, Bd. Galizien S. 868, Wien 1898.

<sup>21)</sup> Krzyżanowski, A. und Kumaniecki, K., Statystyka Polski (Handbuch der polnischen Statistik), Krakau 1915.



nahmefähigkeit überdimensionierten übernommenen Industrie. Das beste Beispiel geben die Bemühungen zur Unterbringung der ostoberschlesischen Kohleförderung ab. An dieser Frage entzündete sich auch der von 1925—1934 dauernde, für die polnische Wirtschaftspolitik in der Folgezeit so bedeutungsvolle Zollkrieg mit Deutschland. Sie veranlaßten ferner den Bau der Kohlenmagistrale und des Hafens von Gotenhafen, als die naturgegebene Ostwesthandelsorientierung ruckartig in eine Südnordrichtung umgeworfen wurde. Beides waren Unternehmungen, die außerordentlich hohe Kapitalien und einen großen Teil der dem jungen Staat zur Verfügung stehenden Kapitaldisposition verschlaagen, so daß sie an anderer, für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung wichtigerer Stelle fehlten. Trotz — anfänglicher — Devaluation, trotz außerordentlicher Belastung der Konsumenten mit hohen Inlandskohlepreisen, um entsprechend den Ausfuhrpreis niedrig halten zu können, trotz Belastung der gesamten Volkswirtschaft durch die erwähnten Aufwendungen, durch unwirtschaftliche Vorzugstarife für Kohlen auf der Eisenbahn u. ä. gelang es nicht, die ostoberschlesische Kohlenförderung auf der Vorkriegshöhe zu halten oder etwa die Produktionsentwicklung in den beim Reich verbliebenen Kohlengruben Oberschlesiens mitzumachen. Die Friedensförderung Ostoberschlesiens von 1913 mit rd. 32,2 Mill. t wurde nur 1929 (34,4 Mill. t) überschritten, als Polen nicht weniger als 13,9 Mill. t ausführen konnte und damit in der Weltausfuhr an der vierten Stelle stand. In allen anderen Jahren lag sie aber beträchtlich darunter, 1932 bei 21,5, 1938 bei 28,7 Mill. t. Die beiden anderen polnischen Reviere Dombrowa und Krakau, die schon in der Vorkriegszeit vor allem den eigenen Markt versorgten, zeigten eine bedeutend günstigere Entwicklung. Lag bei ihnen die Vorkriegsförderung (1913) bei 6,8 bzw. 2 Mill. t, so stieg sie 1929 auf 9 bzw. 2,8 Mill. t und hielt sich 1938 bei 6,7 bzw. 2,6 Mill. t. Dies ist um so bemerkenswerter, als die hier geförderte Kohle der ostoberschlesischen qualitätsmäßig nachsteht<sup>22)</sup>. Dagegen wurde der westoberschlesische, also durch Deutschland betriebene Abbau beträchtlich gesteigert. Wurden 1913 nur 11,1 Mill. t gefördert, so waren es 1929 15,3 und 1938 26 Mill. t. Selbst in dem Krisenjahr 1932 lag die Produktion mit 15,3 Mill. t über der des letzten Vorkriegsjahres.

Die ungeheuren Rohstoffvorkommen waren für die polnische Wirtschaft in der Tat ein Danaergeschenk, weil es ihr nicht möglich war, die im Boden ruhenden Kräfte zu verwerten. Der einzige Ausweg für das ehem. Polen wäre die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinem westlichen Nachbar, Deutschland, gewesen, ein Weg, der aber aus politischen Gründen nicht beschritten wurde. Statt dessen wurde die schon genannte Nordausrichtung nach dem Meer vorgenommen, die bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegsjahre nur zu einer Belastung der eigenen Volkswirtschaft werden konnte. Die Rohstoffvorkommen standen aber in keinem Verhältnis zu dem inneren Verbrauch vor allem der östlichen Gebiete, wo pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 67 kg, im Westen dagegen 1854 und im Reich gar 2679 kg (alles 1937) verbraucht wurden. Nicht verwunderlich war es also, daß dieser rohstofforientierte Standort nicht nur nicht eine Weiterentwicklung nahm, sondern im Gegenteil eine permanente

---

<sup>22)</sup> Vgl. hierzu: Nonnenmacher, H.-K., Der Kohleverbrauch im ehem. Polen als Maßstab wirtschaftlicher Intensität, in: Deutsche Forschung im Osten, Jahrg. 1, Heft 5.

Krise durchmachte und die dortigen Werke des Bergbaues und der Schwerindustrie eine bedeutende Einbuße ihrer wirtschaftlichen Kraft erlitten, wodurch ihre Konkurrenzfähigkeit nur noch weiter beeinträchtigt wurde.

Von der Textilindustrie gelang der Baumwollindustrie relativ gut und schnell die Umstellung auf den heimischen Markt. Und dies, obwohl dieser Zweig durch die Kriegsverhältnisse schwer gelitten hatte. Der Neuaufbau und die Einstellung auf einen im wesentlichen neuen Markt — es war eine Verlagerung von den bisher erzeugten groben auf feinere Erzeugnisse erforderlich — wurden aber durch die Inflationsperiode in der ersten Nachkriegszeit mit einer erhöhten Kauflust und durch den notwendig gewordenen Nachholebedarf begünstigt. Ferner muß als sehr bedeutender Grund hervorgehoben werden, daß der Litzmannstädter Industrie nunmehr auch der bisher verschlossene Markt Posen-Westpreußens offenstand, dessen Kaufkräftigkeit bedeutend über der der übrigen Teile Polens lag. Vor dem ersten Weltkrieg betrug der jährliche Verbrauch an Baumwollstoffen je Kopf der Bevölkerung in Schlesien 6 kg und in Posen-Westpreußen 5,45 kg, dagegen in Kongreßpolen und Galizien nur 2 kg und in den späteren Ostwoiwodschaften noch weniger. Trotz der geringeren Einwohnerzahl übertraf der Gesamtverbrauch der deutschen Landesteile dank dieser günstigen Prokopf-Sätze den Kongreßpolens<sup>23)</sup>. Außerdem konsumierte auch Galizien mehr, als es erzeugte. Naturgemäß war aber die Krisenempfindlichkeit durch die Verweisung auf den räumlich kleineren und in seiner Käuferzusammensetzung gleichmäßigeren polnischen Markt bedeutend gewachsen. Immerhin erhöhte sich die Zahl der Spindeln in der Baumwollindustrie von 1,3 Mill. (1914) auf 1,9 Mill. (1936), wobei, wie gesagt, ein Teil der Zunahme auf den erhöhten Bedarf an Feinspindeln entfiel<sup>24)</sup>. Selbst nach 1929 (1,8 Mill.) trat noch eine Erhöhung ein. Gleichzeitig waren auch zwischen 1929 und 1938 bei Baumwollgespinnsten und -geweben mengenmäßige Produktionszunahmen zu verzeichnen. Die Ausfuhrquote war bei schweren Konkurrenzbedingungen nur geringfügig. Für die große Wollindustrie Polens, neben Litzmannstadt in Bielitz befindlich, verlief die Anpassung an die neuen Gegebenheiten nicht so glatt, da der heimische Markt mit dem Überwiegen nicht sehr kaufkräftiger landwirtschaftlicher Bevölkerung den großen russischen Abnehmerkreis nicht ersetzen konnte. Trotzdem wuchs die Spindelzahl zwischen 1929 und 1937 (von 813300 auf 826200). Auch mußte mehr Gewicht auf die Ausfuhr gelegt werden.

Von Anfang an verfolgte Polen neben der Erhaltung des nun einmal überkommenen Gewerbes den Aufbau einer vielseitigeren Industrie, die in ihrem Produktionsprogramm den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprach. Die Zollpolitik mit ihren Einfuhrverboten, -kontingenten und außerordentlich hohen Zollsätzen spiegelt dieses Bemühen äußerst deutlich wider. Wenn auch von einer Industrialisierung größeren Umfanges, wie sie nötig gewesen wäre, um die Wirtschaftsstruktur in entscheidender Weise zu beeinflussen, nicht gesprochen werden kann, so ist doch ohne Zweifel in der Variierung der Produktion und im Aufbau bisher nicht vertretener Produktions-

<sup>23)</sup> Fuchs, E., Die polnische Textil-Industrie (ihre Entwicklung von 1816—1927), Posen 1928, S. 119.

<sup>24)</sup> Mały Rocznik Statystyczny 1939, S. 145.



zweige einiges erreicht worden, vor allem auch, was die Herstellung qualifizierter Produkte anbelangt.

Hat sich durch diesen Ausbau der Industrie eine wesentliche Änderung in dem Standortsgefüge ergeben? Von vornherein kann diese Frage verneint werden, wenn bereits bestehende Industriebetriebe auf der Grundlage einer schon bestehenden Produktion lediglich einen Ausbau vornahmen. Es versteht sich, daß in diesem Falle vor allem die schon vorher wichtigen Standorte Gewinn zogen. Denn hier bestanden am ehesten Betriebe, die die Möglichkeit dazu hatten. Aber auch neugegründete Fabriken ließen sich dort nieder, wo sie Kapital, qualifizierte Arbeitskräfte, gute Verkehrsverhältnisse und Absatzmöglichkeiten fanden. Das traf aber für die bisherigen alten Industriezentren zu, und zwar in erster Linie für Warschau, das in der Tat einen wesentlichen industriellen Ausbau in den Nachkriegsjahren erhielt. Dafür kennzeichnend ist, daß selbst nach 1929, also einem Jahr guter konjunktureller Lage, die Anzahl der in der Verarbeitungsindustrie beschäftigten Arbeiter bei Berücksichtigung von Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten um annähernd 45% bis 1938 wuchs, während im gleichen Zeitraum für ganz Polen nur eine Zunahme von etwa 12% eintrat. Dies läßt sich auch am Beispiel einer verhältnismäßig jungen Industrie, der elektrotechnischen, nachweisen. Nach den Erhebungen der Industriestatistik von 1937 befanden sich 51,6% der Beschäftigten dieses Industriezweiges in Stadt und Woiwodschaft Warschau. Im weiten Abstand erst folgten die Woiwodschaften Schlesien (11,8%) und Kielce (9,5%). Die Stellung Posen-Westpreußens änderte sich insofern gegenüber der Vorkriegszeit, als hier dank des hohen Lebensstandards gute Voraussetzungen für den Ausbau der Konsumgüterindustrien vorhanden waren, zumal es hier Privatkapital und einen Mittelstand gab, der Träger dieser Entwicklung sein konnte. Es konnte sich auch tatsächlich eine verhältnismäßig vielseitige Kleinindustrie entwickeln<sup>25)</sup>. Nach Aufstellung des COP-Planes (s. u.) wurde jedoch das Bestreben der polnischen Wirtschaftsführung offenbar, die mittleren und östlichen Teile zu Lasten des Westens zu industrialisieren. Tatsächlich war schon im Anfangsstadium des COP eine teilweise Verlegung von Industriewerken aus dem Westen zu beobachten.

An Hand der bereits erwähnten Beschäftigtenzahlen für die verarbeitende Industrie (Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) während des Zeitraumes von 1925—1938 läßt sich ersehen, daß zwar die stärker industrialisierten Teile des ehem. Polen ihre dominierende Stellung nicht verloren haben, daß im Gegenteil vor allem Warschau seine Stellung noch beträchtlich festigen konnte, während die ziemlich einseitig orientierte Industrie in und um Litzmannstadt wegen ihrer konjunkturellen Abhängigkeit keine klare Linie erkennen läßt, daß aber das Gewicht der östlichen wie südlichen Woiwodschaften unverkennbar zugenommen hat, und zwar stieg der jeweilige Anteil an der Beschäftigtenzahl zwischen 1925 und 1938 von 1,9 auf 4,6% (östliche Woiwodschaften) und von 14,3 auf 15,6% (südliche Woiwodschaften)<sup>26)</sup>.

<sup>25)</sup> v. Guenther-Swart, I., a. a. O. S. 131.

<sup>26)</sup> Meinhold, H., Die Industrialisierung des Generalgouvernements, Teil I (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Sektion Wirtschaftswissenschaft, in Vorbereitung).



Es handelte sich aber dort überwiegend um Industrien lokaler Bedeutung, die auch hier als Standorte die nicht zahlreichen größeren Städte gewählt hatten.

Eine planvolle, großangelegte Neuorientierung der industriellen Standortsverteilung ist aber erst mit der Planung zum Aufbau eines zentralen Industriereviers (COP) seit 1937 durch die polnische Regierung in Angriff genommen worden. Zwar war die bis zum Zusammenbruch Polens verflossene Zeit zu kurz, um bereits eine grundlegende industrielle Verlagerung erkennen zu können, aber das verfolgte Ziel ist verschiedentlich klar betont worden.

Der Grundgedanke war die Industrialisierung eines Gebietes, das sich zunächst auf das sog. Dreieck der Sicherheit im Dunajec-Weichsel-San-Raum mit dem Vorkarpatenstreifen als Basis beschränkte, bald jedoch auf das historische altpolnische Industriegebiet der Lysa Gora und das als Ernährungsgrundlage betrachtete Lubliner Gebiet ausgedehnt wurde<sup>27)</sup>. Was bewog die polnische Regierung zu dem im Februar 1937 dem polnischen Sejm vorgelegten Industrialisierungsplan, der als ersten Auftakt Investitionen innerhalb einer vierjährigen Zeitspanne von 2,4 Mrd. Zloty — ein in Anbetracht der jährlichen Budgetsummen außerordentlich hoher Betrag — vorsah? War es die erkannte Notwendigkeit, daß das schon bedrohlich angewachsene Ausmaß einer agrarischen Übervölkerung eigentlich nur noch durch den produktiven Einsatz eines größeren Teils der untätigen bzw. unterbeschäftigten Bevölkerung in der Industrie beseitigt oder doch gemildert werden konnte, nachdem das Ventil der Auswanderung immer enger wurde? Es wäre dies eine Konsequenz gewesen, wie sie von polnischen Wirtschaftlern und Wissenschaftlern oft genug gefordert wurde<sup>28)</sup>. Aber schon die Namensgebung („Dreieck der Sicherheit“) zeigte den strategischen Grundgehalt des Planes, wie auch sein Schöpfer, Kwiatkowski, als ersten Gesichtspunkt zur Begründung die Verstärkung der Wehrkraft des Volkes betonte. Erst in zweiter Linie sollten die Vorbedingungen für eine planmäßige Industrialisierung bisher nur wenig oder gar nicht industrialisierter Gebiete geschaffen werden. In der Tat läßt ein Überblick über die 1937 und 1938 als vordringlich zunächst in Angriff genommenen Fabrikbauten, wie etwa für die Flugzeug-, Walzwerk-, Kautschuk-Erzeugung, das Vorherrschen militärischer Gesichtspunkte erkennen.

Teils handelte es sich um Neugründungen, teils war es im Grunde nur eine Verlegung von Betrieben aus den Westgebieten, die im Konfliktfalle als zu gefährdet erschienen, in vermeintlich sichere Landesteile. Die unmittelbare Grenzlage der wichtigsten Werke der Schwerindustrie in Ostoberschlesien dürfte eher als die Überlegung, zu wenig wehrwirtschaftlich wichtige Betriebe im Lande zu besitzen, der wirksamste Anstoß zur Schaffung des COP gewesen sein. Auch die Eile, mit der an die Arbeit gegangen wurde, ist als Folge militärischer Überlegungen zu werten. Selbst der vorgesehene Zeitraum von vier Jahren für die Durchführung des ersten Vierjahresplanes wurde beachtlich unterschritten, und bereits mit Beginn des Haushalts-

<sup>27)</sup> C. O. P. Das zentrale polnische Industrierevier, Ostland-Schriften H. 10., Danzig 1938, S. 15 ff.

<sup>28)</sup> Vgl. z. B.: Lipinski, E., Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik, Jena 1936, S. 14 ff.

jahres 1939/40 (1. April 1939) wurde ein neuer über 15 Jahre berechneter Plan mit noch größeren Finanzaufwendungen in Angriff genommen<sup>29)</sup>, bei dem ebenfalls der Ausbau des Rüstungssektors im Vordergrund stand.

Bei der Niederwerfung Polens war bereits eine größere Zahl von Werken im COP-Gebiet fertiggestellt und eine weitere im Bau, so daß bei ungestörtem Fortgang dieser Arbeiten die Entstehung eines neuen Industriereviere im Süden bzw. im mittleren Teil des Landes mit dem Mittelpunkt Sandomir wahrscheinlich gewesen ist. Wenn auch der Standort der Rüstungsfabriken durch ihre Lage in einem — vermeintlich — gesicherten Gebiet als ausreichend begründet zu erscheinen hat, so darf trotzdem die Frage der Standortsgegebenheiten des COP-Gebietes unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgeworfen werden, da neben den rein militärischen Werken auch solche gemischten oder gar überwiegend zivilen Charakters in Angriff genommen oder beabsichtigt waren. Bei einer solchen Betrachtung ergibt sich wenig, was als günstige Standortfaktoren für das Gebiet des COP zu werten ist.

Die eigene Rohstoffbasis war nur sehr schwach ausgebildet. Die optimistische Auffassung, als ob das Karpatengebiet noch wesentliche Rohstoffvorkommen berge, bewahrheitete sich bei den nach 1937 verstärkt betriebenen Forschungen nicht. Zwar wurde an vereinzelten Stellen auf kleinere Eisenerzvorkommen gestoßen, doch waren sie ohne wirtschaftlichen Wert, geschweige denn, daß sie zur Versorgung der im COP gelegenen Hochöfen ergiebig genug gewesen wären. Der wertvollste Rohstoff dieses Gebietes blieben die schon älteren Erdöl- und Erdgasvorkommen; doch konnte die Rohölproduktion trotz verstärkter Bohrtätigkeit nicht aufrechterhalten bleiben. Günstiger gestaltete sich die Erdgasförderung, deren Bedeutung als Energiequelle in dem raschen Ausbau der Erdgasleitung ihren Ausdruck fand. Doch reichten die verfügbaren Mengen nur zur Belieferung einiger größerer Werke aus, die aus Ostoberschlesien herangebrachten Kohlen blieben also unentbehrlich. Auch die Heiligen Kreuzberge waren als Rohstoffbasis nur unzulänglich. Die hier geförderten, für die Versorgung der dortigen Hochöfen nicht ausreichenden Eisenerze (nicht mehr als 100 000 t/Jahr) eignen sich nur als Zuschlagsmaterial, abgesehen davon, daß ihre Verhüttung nicht sehr wirtschaftlich ist. Wohl bilden die Karpaten ein fast unerschöpfliches Reservoir an Wasserkraften, doch war ihre Ausnutzung bei Beginn der COP-Arbeiten nur minimal. Der Ausbau war geplant, teilweise auch schon in Angriff genommen (Großkraftwerk Roznow am Dunajec), aber zunächst blieben doch die neuen Werke auf Energiezufuhr aus den grenznahen Gebieten angewiesen.

Das Fehlen von Kraft- und Rohstoffen, dies vor allem von Wichtigkeit für die wegen des hohen Anteils von Gewichtsverlustmaterialien grundsätzlich rohstofforientierte Schwerindustrie, wurde noch fühlbarer durch die ausgesprochen verkehrsungünstige Lage des COP. Dies gilt vor allem für das sog. Dreieck der Sicherheit, das lediglich von drei Eisenbahnlinien durchzogen wird; davon verläuft eine in West-Ostrichtung (die zweigleisige Linie Krakau—Lemberg) und zwei in etwa

<sup>29)</sup> Poralla, K., Ein Fünfzehnjahresplan zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung Polens, in: Jomsburg, 3. Jahrg. 1939, S. 1 ff.

Nord-Südrichtung (die eingleisige Bahn Tarnow—Szcuzin und die zweigleisige Linie Przeworsk—Nisko—Lublin). Ebensoviele Hauptverkehrsstraßen verlaufen parallel hierzu. In dem großen Winkel zwischen den beiden letztgenannten Strecken, in dem etwa Kolbuszowa, das als Standort einer chemischen Fabrik in Aussicht genommen war<sup>80)</sup>, liegt, ist weder eine Eisenbahnlinie noch eine Hauptverkehrsstraße vorhanden. Ähnlich ungünstig sah das Bild in den Kielcer und Lubliner Teilen des COP aus. Auch hier befinden sich nur wenige Verkehrslinien, die das Gebiet nur sehr weitmaschig erschließen. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die in Aussicht genommenen Produktionszentren mit den Absatzgebieten nicht übereinstimmten, als deren wichtigste die ehem. deutschen Provinzen sowie Warschau, allenfalls noch einige größere, industriereichere Städte, wie Krakau, Lemberg, Kielce, Radom oder Litzmannstadt, zu gelten hatten. War Ostoberschlesien über die Krakau—Lemberger bzw. über die Radom—Krakauer Bahn mit dem COP noch relativ geradlinig verbunden, so waren etwa Warschau oder andere Städte nur mit bedeutenden Umwegen zu erreichen. Die zahlreichen Flußläufe waren für die Schifffahrt nur beschränkt (wie die Weichsel) oder überhaupt nicht (wie etwa der San) zu benutzen, da für ihre Schiffbarmachung nichts geschehen war. Eine vollschiffbare Weichsel hätte die Standortlage des COP wesentlich verbessern können, da auf ihr nicht nur eine Verbindung mit den Kohlevorkommen, sondern auch mit wichtigen Absatzgebieten, wie Warschau, bestanden hätte. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse wäre die entscheidende Voraussetzung gewesen, um die Standortverhältnisse des COP günstiger zu gestalten. Die Zurückstellung solcher Maßnahmen auf spätere Zeiten, wie dies geschehen ist, ist als ein typisches Beispiel für die Planung der Polen zu bezeichnen, deren Bestreben darauf ging, möglichst schnell in die Augen springende großartige Bauten und Werke zu erstellen. Das wurde bereits bei der Frage der Erschließung der Wasserkräfte für Energiezwecke gesagt. In noch größerem Umfang gilt dies aber in der Frage der Transportverhältnisse. So wie im großen, so war es auch im konkreten Einzelfall. Selbst in Orten, die an einer Eisenbahn gelegen waren, wurde mit dem Bau von Fabriken begonnen, bevor ein Anschlußgleis angelegt war, so daß die Anfuhr von Baumaterialien usw. nur mit einem ungleich größeren Aufwand erfolgen konnte.

Günstig scheint auf den ersten Blick die Versorgung des neuen Industriereviers mit Arbeitskräften gewesen zu sein, gehörte doch das Vorkarpatengebiet zu den überbevölkertsten Teilen des ehem. Polen. In der dortigen Landwirtschaft stand ein fast unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskräften zur Verfügung. Aber auch dieses Moment ergab solange keinen Standortvorteil gegenüber anderen denkbaren Standorten — das wären in erster Linie die bereits bestehenden Industriereviere gewesen —, als das Arbeiterproblem im ehem. Polen als quantitatives Problem nicht akut geworden war. Und als solches trat es auch im Jahre 1937, bei Planung des COP, keineswegs in Erscheinung, im Gegenteil: die Sorge für die große Zahl der Beschäftigungslosen war ja zweifellos neben militärischen Erwägungen der wichtigste Antrieb zum Aufbau des neuen Industriereviers gewesen. Was aber das qualitative Arbeiter-

---

<sup>80)</sup> COP., a. a. O. S. 36.



problem betrifft, so konnte der Standort im COP in dieser Hinsicht nur als ungünstig bezeichnet werden. Zwar waren genügend Arbeitskräfte vorhanden, aber schon aus der Tatsache, daß sie überwiegend dem agrarischen Beschäftigungskreis entstammten, ergibt sich ihre Unqualifiziertheit für eine industrielle Tätigkeit mit höheren Arbeitsanforderungen. Vor allem im Dreieck der Sicherheit fehlte es an der genügenden Zahl industrieller Betriebe der Eisenverarbeitung u. ä., so daß kein ausreichender Grundstock gelernter Arbeitskräfte vorhanden war, wie dies im Kielcer Gebiet der Fall war. Es mußten daher für die neuen Werke aus den alten Industriegebieten geeignete Arbeitskräfte herangeschafft werden, und im Zusammenhang damit war häufig die Anlage großer Wohnsiedlungen zur Unterbringung der Neuangesiedelten (z. B. die Siedlung „Stalowa Wola“) notwendig.

Die Ungunst des Standortes ist besonders deutlich bei dem in der Nähe von Nisko errichteten modernen Stahlwerk Stalowa Wola ersichtlich. Die Gestehungskosten dieses Werkes stellten sich infolge der hohen Anfahrts- und Rückfrachten (Stahlblöcke aus den mittelpolnischen bzw. oberschlesischen Hütten, Kohle aus Oberschlesien, also Transport mehr oder minder ausgeprägter „Gewichtsverlustmaterialien“ über große Entfernungen) sehr ungünstig. Die Entfernung nach Oberschlesien wurde zudem durch ungünstige Eisenbahnverbindungen erheblich verlängert. Trotz der modernen Anlagen stellten sich die Produktionskosten so hoch, daß das Werk bei Anlegung wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei freier Konkurrenz nicht lebensfähig gewesen wäre. Eine Anerkennung der allgemein ungünstigeren Bedingungen bedeutete es auch, daß die polnische Regierung versuchte, durch Gewährung steuerlicher und anderer Vergünstigungen private Unternehmer anzuziehen. Trotzdem hielt sich aber die private Gründertätigkeit in engen Grenzen und blieb hinter den Erwartungen zurück, so daß der Staat die Hauptlast der Investitionen selbst tragen mußte<sup>81)</sup>.

Die Standortslage des COP erwies sich durch zwei Momente als ungünstig: durch die Art der dort teilweise geplanten Betriebe, da durch die fehlende Rohstoff- und Kraftstoffbasis Werke der Schwerindustrie dort ungünstigere Standortbedingungen als am Orte der Materiallager haben mußten, und durch den Aufbau einer Industrie, bevor die Vorbedingungen geschaffen waren. Zunächst hätten die Grundlagen zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität gelegt werden müssen: Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrswesens und außerdem kulturelle Hebung der Bevölkerung durch eine sich auf die landwirtschaftliche Bevölkerung erstreckende Bildungserweiterung; denn diese wäre eine notwendige Voraussetzung gewesen, um das agrarische Erzeugungsvermögen und vor allem den Verbrauch dieses Bevölkerungsteiles zu heben. Statt dessen übersprang man im ehem. Polen dieses Entwicklungsstadium und ging an den Aufbau eines Industriegebietes heran, dessen infolge Nichtachtung dieser Notwendigkeit bedingte wirtschaftliche Unproduktivität einen großen Teil der für das COP eingesetzten Kapitalien vernichtete. Die nur unter Einsatz von Staatsmitteln mögliche Inbetriebhaltung der neuen Werke belastete die gesamte Volkswirtschaft und führte zu einer weiteren Verarmung, die durch

---

<sup>81)</sup> Poralla, a. a. O., S. 9.

die Auswirkungen der Übervölkerung schon einen bedrohlichen Grad erreicht hatte. Der an sich mögliche Ausweg zur Beseitigung der Übervölkerung, eine Industrialisierung des Landes, war hinsichtlich des Aufbaues des COP alles andere als glücklich.

#### IV.

Zusammenfassend ergibt sich, daß keine wesentliche Umschichtung der industriellen Standorte des ehem. Polen während seiner Eigenstaatlichkeit festzustellen ist. Anfänge dazu zeigten sich im Gebiet des COP, dessen neue Industrien aber zumeist wehrwirtschaftlichen Charakter trugen, und in kleinerem Umfange in den größeren Städten des östlichen Teiles des Landes. So ergibt sich auch für die Industrieausstattung des Generalgouvernements, jenem zentralen Teil des ehem. Polen, daß die wichtigen Industriegebiete außerhalb seiner Grenzen geblieben sind, mit Ausnahme des industriellen Kerngebietes von Warschau, das zudem eine große Reichhaltigkeit an Produktionszweigen aufzuweisen hat. Von dem Textilzentrum sind nur Ausläufer (Tomaszow und Petrikau sowie Tschenstochau) an das Generalgouvernement gelangt. Bedeutung besitzt ferner außer den Rohstoffindustrien das altpolnische Industriegebiet im Raum von Kielce, ferner das, was im COP schon entstanden ist, sowie kleinere Industrieballungen in den größeren Städten.

Das Generalgouvernement ist in seiner gewerblichen Erzeugung keineswegs autark. Dieser Umstand sowie die Notwendigkeit, die vorgefundene, im Gebiet des Generalgouvernements vor allem ausgeprägte landwirtschaftliche Übervölkerung zu beseitigen, könnte zu der Folgerung zum Aufbau von Industriezweigen entsprechend dem Bedarf des Landes an gewerblichen Produkten führen. Sicherlich ist die Industrialisierung einer der wichtigsten Wege zur Verringerung der Übervölkerung und zur Produktivitätssteigerung des Gebietes. Doch ergibt sich durch die Zugehörigkeit des Generalgouvernements zum europäischen Großraum ein weit größerer Rahmen und eine völlig andere Problemstellung, als dies bei einer selbständigen Volkswirtschaft der Fall wäre. Denn hinsichtlich der Verteilung der zukünftigen Industrie und der Bestimmung der einzelnen Standorte innerhalb des Großraumes haben dank des deutschen Führungsanspruches übergeordnete Gesichtspunkte zu gelten, die in ihrer Tragweite sich nach den Notwendigkeiten des Großraumes als Ganzes bestimmen. Diese können ebensowohl wirtschaftlicher Natur sein — als Beispiel sei Forderung nach höchstmöglicher Produktivität genannt — wie von wehrwirtschaftlichen oder bevölkerungspolitischen Überlegungen diktiert werden, Motive, die wir mit dem gemeinsamen Begriff der Raumordnung zusammenfassen können. Betrachten wir unter einem solchen Aspekt die Standortslage des Generalgouvernements unter Voranstellung von vorwiegend wirtschaftlichen Momenten, so sehen wir die Standortsgunst in dem Reservoir an Arbeitskräften. Im Gegensatz zum ehem. Polen kommt diesem Faktor eine große Bedeutung zu, da nicht nur heute, sondern auch in absehbarer Zukunft mit einem Mangel an Arbeitskräften in den Kerngebieten des Großraumes wie auch mit steigender Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen gerechnet werden muß. Es wird also auch vom Standpunkt des Großraumes aus die Industrialisierung menschenreicher Räume eine Zukunfts-

aufgabe darstellen. Bei der Aufgabenzuweisung für das Generalgouvernement ist dabei voranzustellen, daß hier die unqualifizierten Arbeitskräfte überwiegen und sich somit deren Einsatz in arbeitsorientierten Industriezweigen empfiehlt. Neben dem Vorteil der Arbeiterreserven, also eines nur quantitativen Momentes, ist auch mit der Beibehaltung von bereits in der Vergangenheit bestandenen Lohnvorteilen gegenüber dem Lohnniveau im Reich zu rechnen. So ist es denkbar, daß dem Generalgouvernement in Zukunft Funktionen in der Versorgung des Reiches oder anderer Gebiete des Großraumes mit einfachen Fertigprodukten zufallen, deren Erzeugung das Reich bei Spezialisierung auf qualifiziertere Güter an die übevölkerten Gebiete überträgt. Bei der Rohstoffarmut des Generalgouvernements müßte der Standort dieser arbeitsorientierten Industrien durch Kostenersparnisse infolge günstigerer Arbeitsbedingungen gegenüber dem transportlichen Minimalpunkt — dieser kann bei den Materiallagern oder zwischen diesen und den Absatzmärkten liegen — gegeben sein; diese Kostenersparnisse müßten mindestens so hoch sein, daß die höheren Transportkosten (Differenz zwischen Kostenminimalpunkt und Standort) dadurch ausgeglichen werden. Dem Generalgouvernement kommt dabei die Gunst seiner Lage zwischen dem Reich — dieses kommt als Abnehmer der Produktion neben dem Generalgouvernement selbst in erster Linie in Frage — und dem rohstoffliefernden Osten zugute. Auch in diesem Zusammenhang muß wieder auf die Bedeutung der Verkehrsverhältnisse verwiesen werden<sup>32)</sup>; denn mit ihrer Leistungsfähigkeit wachsen auch die günstigen Bedingungen für arbeitsorientierte Industrien im Generalgouvernement, da aus den oben angestellten Kostenüberlegungen die Attraktionsfähigkeit einer arbeitsorientierten Industrie bei günstigen Verkehrsbedingungen zunimmt<sup>33)</sup>. Durch die immer klarer sich abhebende Richtung der zukünftigen Wirtschaftswege, die in einem gewaltigen Gütertausch des Westens und Ostens — wir haben bereits an anderer Stelle angedeutet, wie dem sich in der Vergangenheit die polnische Wirtschaftspolitik entgegenstimmte — den stärksten Ausdruck finden wird, wird auch die Verkehrslage des Generalgouvernements dank seiner Mittlerstellung zwischen West und Ost entscheidend berührt. Ein Ausbau der Verkehrswege dieses Gebietes liegt damit in einem viel weittragenderen Interesse.

Fragen wir nach dem zukünftigen Bild der Industrieverteilung im Generalgouvernement, so richtet sich diese wesentlich nach diesen bestehenden und zukünftigen Durchgangsstraßen. Eine neue Blüte steht dem Gebiet der historischen galizischen Transitstraße bevor, die aus dem wertvollen Raum der Ukraine landwirtschaftliche Erzeugnisse und bergbauliche Rohstoffe nach Westen vermittelt. Damit bieten sich entlang diesem Weg, für den neben Eisenbahn und Straße auch eine zu schaffende Kanalstraße (Weichsel—San—Dnjestr) zu nennen ist, günstige Bedingungen für Verarbeitungsbetriebe, und zwar dort, wo schon die COP-Planung ein neues Industriegebiet hinverlegen wollte. Doch haben die obigen Ausführungen den unter-

<sup>32)</sup> Die außerordentliche Bedeutung der Eisenbahnen, speziell bei ihrem tarifpolitischen Einsatz, ist überzeugend klar dargelegt bei: Schulz-Kiesow, Die Eisenbahngütertarifpolitik in ihrer Wirkung auf den industriellen Standort und die Raumordnung, Heidelberg-Berlin-Magdeburg 1940.

<sup>33)</sup> Vgl. Weber, Alfred, Über den Standort der Industrien, 1. Teil, Reine Theorie des Standorts, Tübingen 1909.



schiedlichen Charakter und die völlig andere wirtschaftliche Grundlage im Charakter dieser zukünftigen Industrien gegenüber den COP-Betrieben gezeigt.

Ein weiterer Durchgangsweg hebt sich weiter nördlich ab, wo Warschau als Eisenbahnknotenpunkt für die westlichen wie östlichen Verkehrsrichtungen bereits größte Bedeutung hat. Es ist in diesem Zusammenhang auch die Wasserverbindung zu nennen, die, vom mitteleuropäischen Wasserstraßennetz ausgehend, über Weichsel—Bug—Muchawiec—Königskanal—Pripet zum Dnjepr führt, dabei allerdings das Generalgouvernement nur berührt. Doch bedarf der durch das ehem. Polen führende Teil dieses Weges noch des Ausbaues, um von größeren Schiffen befahrbar zu sein<sup>34)</sup>.

---

<sup>34)</sup> Vgl. Meinhold, H., Das Generalgouvernement als Transitland. — Ein Beitrag zur Kenntnis der Standortslage des Generalgouvernements, in: Die Burg, 2. Jahrg., Heft 4, S. 36 ff.

# ANFÄNGE UND HERKUNFT DES MITTEL- ALTERLICHEN DUNAJETZDEUTSCHTUMS, DAS ZIPSER SACHSENTUM UND DIE HAUSIEDLUNG IN DER SLOWAKEI

VON HERBERT WEINELT, DOZENT DR. HABIL., GEFALLEN AM 23. II. 1943

Zum Jahre 1234 heißt es: Theodor, Palatin von Krakau, siedelt Theutonici Slesenses in den Wäldern am Weißen Dunajetz (Donst) an<sup>1)</sup>.

Diese Nachricht ist für die schlesische Stammesgeschichte von allergrößter Bedeutung. Wir sind in jener Zeit der deutschen Landnahme in Schlesien, in der zwar schon die Axt an die weiten Wälder insbesondere an den Grenzen des Landes gelegt worden ist und in der die großen Lücken im Altsiedelland allmählich geschlossen werden<sup>2)</sup> — es ist aber zugleich auch jener Zeitraum, da der deutsche Neustamm der Schlesier sich erst zu formen und auszuprägen beginnt, da noch immer starke und neue Siedelströme, die am rassisch-stämmlichen Aufbau des Schlesiertums teilhaben, in das Land kommen. Unter den Theutonici Slesenses von 1234, die damals in das Dunajetzgebiet gerufen wurden<sup>3)</sup>, müssen daher gar nicht Schlesier im heutigen Sinn verstanden werden, es können genau so gut Deutsche aus Schlesien, das heißt erst kürzlich dort angekommene Thüringer, Ostfranken, Leute aus der Meißner Gegend usw., damit gemeint sein. Diese Frage soll weiter unten geklärt werden; zunächst gilt es, die landesgeschichtlichen Voraussetzungen der deutschen Siedlung am Dunajetz zu klären.

Der nördliche Karpatenbogen mit seinen hohen Gebirgsrücken war in frühgeschichtlicher Zeit eine im großen und ganzen schier unüberwindliche Schranke zwischen dem nördlichen Ungarn und Galizien. Die Gewässer von der Nordabdachung der Grenzberge gehören zum Einzugsraum der Weichsel, jene von den Südhängen strömen zur Donau. Nur an einer Stelle zeigt der natürliche Grenzwall einen Durchbruch und zwar im Gebiet des Popperflusses, der nach Norden zur Weichsel geht. Das von der Hohen Tatra im Westen, der Zipser Magura im Norden und den Leutschauer Bergen im Südosten begrenzte Zipser Plateau kommt dadurch in eine ausgesprochene Paßlage

---

<sup>1)</sup> Cod. dipl. Pol. minor. I. Nr. 15.

<sup>2)</sup> Dazu die Zusammenschau von H. Aubin in der von ihm herausgegebenen „Geschichte Schlesiens“ I, Breslau 1938.

<sup>3)</sup> K. Lück, Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens (Ostdeutsche Forschungen, hg. v. V. Kauder, Band 1), Plauen 1934, S. 36, hat bezweifelt, daß es 1234 tatsächlich zu der Ansiedlung gekommen ist. Dagegen schon E. Schwarz, Untersuchungen zur Mundart und Herkunftsfrage erloschener altschlesischer Sprachinseln in Galizien, Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur 61, 1937, S. 295 ff. Auch H. Aubin, Schlesien, Ausfallstor deutscher Kultur nach dem Osten (Schlesienbändchen Nr. 7), Breslau-Deutsch-Lissa 1937, S. 12 f., hält an deutscher Siedeltätigkeit vor dem Tatareneinfall im Dunajetzgebiet fest. Zur Gesamtfrage siehe eingehender Verf., Dunajetzschlesische Siedlung in der Slowakei, Deutsche Monatshefte, Zeitschrift f. Geschichte und Gegenwart des Ostdeutschtums 6, 1939, S. 128 ff.

zwischen den beiden Räumen im Norden und Süden des Gebirges, die stets in der Geschichte fühlbar blieb und die letzten Endes auch die polnischen Ansprüche von 1918 bis 1939 hervorrief.

Von ungarischer Seite ist die verkehrsgeographische und wehrpolitische Bedeutung der Zips sehr bald erkannt worden, es galt, die hier leicht zu überschreitenden Wasserscheiden zwischen den Flüssen Waag, Popper und Kundert<sup>4)</sup> in festen Besitz zu nehmen. Es war für Ungarn sehr wichtig, dieses breite Einfallstor aus dem Norden fest in seiner Hand zu wissen. Zwei Wege sind zur Lösung dieser Aufgabe beschritten worden: es kam hier wie in anderen Grenzräumen zur gýepü-Siedlung des madjarischen Grenzschutzes und zum anderen zur Ansetzung von deutschen Siedlern. Die gýepü-Siedlung verliert angesichts des daneben hergehenden deutschen Einsatzes<sup>5)</sup> rasch ihre Bedeutung. Der Zeitpunkt des deutschen Einsatzes in der Zips ist noch nicht genau zu umgrenzen, er ist aber sehr früh erfolgt. In der älteren Geschichtsschreibung hatte sich die Meinung durchgesetzt, daß die Zipser Sachsen während der Regierungszeit König Geisas II. (1141—1161) herbeigerufen worden sind und zwar als geschlossene Gruppe. Wenn auch unmittelbare Belege für diese Ansicht nicht vorhanden gewesen sind, so sprach doch die allgemeine Landesgeschichte durchaus dafür. Stimmt diese Auffassung oder liegt die Zipser Siedlung wenigstens noch im 12. Jahrhundert, dann können die Zipser nicht in den Zusammenhang des großschlesischen Stammes gehören, denn dieser bestand damals noch nicht. Dagegen steht eine zweite, in den letzten Jahren stärker vertretene Ansicht, die Zipser Sachsen seien allmählich, also nicht als mehr oder minder geschlossene Gruppe eingerückt. Ja, von einer Seite ist sogar behauptet worden, die Deutschen im ehemaligen Oberungarn seien nicht nur allmählich, sondern sogar „unbemerkt“ eingewandert<sup>6)</sup>. Wäre dem so, dann müßten die Zipser aus vielleicht recht uneinheitlichen stammlichen Aufbaukräften zusammengewachsen sein, es sei denn, der sich über Jahrzehnte, ja über mehr als ein Jahrhundert erstreckende Zustrom wäre im wesentlichen immer aus derselben Richtung gekommen. Diese Meinung ist weit verbreitet, es schwebt vor allem das Bild eines langwährenden schlesischen Siedelstromes nach Galizien und in die nördliche Hälfte der Slowakei

<sup>4)</sup> E. Fausel, Das Zipser Deutschtum. Geschichte und Geschehnisse einer deutschen Sprachinsel im Zeitalter des Nationalismus (Schriften d. Instituts f. Grenz- und Auslandsdeutschtum a. a. Universität Marburg, Heft 6), Jena 1927, S. 3.

<sup>5)</sup> A. Fekete Nagy, A Szepesség területi és társadalmi kialakulása, Budapest 1934 — vgl. dazu die Anzeige von J. Gréb in Karpathenland 7, 1934, S. 92 ff. — hat den Verlauf und die Richtung der deutschen Siedlung in der Zips in ursächlichen und abhängigen Verlauf von der madjarischen gýepü-Siedlung bringen wollen und damit m. E. das Wesen der Ansetzung von deutschen Bauern und Bürgern im Rahmen des ungarischen mittelalterlichen Grenzschutzes verkannt. Vgl. dagegen Verf., Die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache in der Slowakei (Arbeiten zur sprachlichen Volksforschung in den Sudetenländern, Band 4), Brünn und Leipzig 1938, S. 257 ff. Die Zurückweisung der Ansicht von Fekete Nagy, 104 Siedlungen in der Zips seien rein madjarischen, 62 rein deutschen und 58 rein slowakischen Ursprungs (siehe die siedlungsgeschichtliche Karte des Mittelalters bei Fekete Nagy) schon bei J. Liptak, Urgeschichte und Besiedlung der Zips (Bilder aus der Zipser Vergangenheit), Kásmark 1935, S. 89.

<sup>6)</sup> E. Hoffmann im Rahmen ihres kunstgeschichtlichen Aufsatzes „Preßburg im Mittelalter“ in den Südostdeutschen Forschungen 3, 1938, S. 280 ff. Dagegen mit der notwendigen Schärfe Verf., Zur Volkstumsfrage alter nordungarländischer Städte, ebenda 3, 1938, S. 823 ff.



vor und die Zipser Deutschen werden mit inbegriffen<sup>7)</sup>. Von Seiten der Mundartforschung ist die schlesische Herkunft der Zipser mehr oder minder betont oder doch die Oberzipser Mundart<sup>8)</sup> immer wieder in Beziehung zur schlesischen gesetzt worden<sup>9)</sup>, trotz der nicht zu leugnenden Unterschiede zwischen der oberzipserischen und der schlesischen Mundart wurde am allmählichen Vorrücken des schlesischen Elementes nach Osten bis in die Zips festgehalten, wenn man hier auch andere ostmitteldeutsche Einflüsse gelten lassen wollte.

Die geschichtlichen Nachrichten ergeben, daß die deutsche Siedlung in der Oberzips tatsächlich in den letzten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts in Fluß gewesen sein muß. Die Zipser Martinspropstei wird um 1180—1190 als bestehend angenommen<sup>10)</sup> und zwar mit sehr guten Gründen. Zum Jahre 1198 wird der Mark, Sohn des Gala von der Zips genannt<sup>11)</sup>, vier Jahre später erscheint der Zipser Propst Adolf. Die urkundliche Nennung der Siedlungen hinkt wie in anderen ostdeutschen Landschaften bedeutend nach. Immerhin wird 1209 auch Eisdorf (Villa Isaac) als erster Zipser Ort erwähnt<sup>12)</sup>.

Die Zahl der noch erhaltenen und der nachweisbaren romanischen Kirchen ist stattlich, auch der Bau des Zipser Kapitels wie des Zipser Hauses — so heißt die Zipser Gauburg — reichen in die romanische Epoche zurück, wenngleich alle diese Bauten dem spätromanischen Stil zuzuordnen sind<sup>13)</sup>. Es stimmt nicht, daß die romanischen Kirchen lediglich in der südlichen Oberzips und zwar im Gebiet des Kunderttales vorkommen<sup>14)</sup>, auch im nördlichen Poppertal finden sie sich und zwar in Felka, Mühlenbach, Georgenberg, Hunsdorf, Menhardsdorf und Leibitz<sup>15)</sup>. Alle romanischen Kirchen in der Oberzips bilden eine zusammengehörige Gruppe, sie hängen in den Stilformen von der Kirche des Zipser Kapitels ab. In der Zips wird erst in den sechziger Jahren des 13. Jahrhunderts der gotische Stil heimisch, eine Reihe von den alten Zipser Kirchen-

7) H. Kaser, Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschums (Schriften des Osteuropainstituts Breslau, N. F. Heft 2), Breslau 1934, S. 169, dann O. Schürer und E. Wiese, Deutsche Kunst in der Zips, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1938, S. 9, und auch noch E. Behrens, Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland, Deutsche Monatshefte 9, 1942, S. 2.

8) Die Mundart der Zipser Gründe — seltener Südzipser genannt — ist als stark bayrisch beeinflusst davon zu sondern.

9) Siehe besonders J. Gréb, A. szepesi felföld némét nyelvárása, Ofenpest 1906; ders., Schlesisch und Oberzipserisch (Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 15, S. 84 ff.); ders., Zipser Volkskunde, Reichenberg 1932, S. 74 ff.; F. Repp, Die Sprache der Schlesier in der Zips, Schlesisches Jahrbuch 7, 1935, S. 85 ff.

10) R. Köttschke und W. Ebert, Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Leipzig 1937, S. 98.

11) Auch die folgenden Nachrichten nach R. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 2. Band, Gotha 1907, S. 112, 159.

12) Supplementum analectorum Scepusiensis I, Leutschau 1802, S. 10.

13) V. Mencl, Stredoveká architektúra na Slovensku, I. Band, Prag-Preschau 1937, S. 436 und Abb. 100 (Karte); O. Schürer, Mittelalterlicher deutscher Kirchenbau in der Zips, Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung 1, 1937, S. 603.

14) So Liptak, Urgeschichte und Besiedlung der Zips, S. 117.

15) Vgl. auch die Karte bei Verf., Das Stadtbuch von Zipser Neudorf und seine Sprache (Veröffentlichungen des Südostinstituts München, Nr. 20), München 1940, S. 5.

bauten ist tatsächlich erst um die Jahrhundertmitte errichtet worden. Die Wirkung des Tatareneinfalls darf nicht überschätzt werden, es ist nicht so gewesen, daß in den zwei Jahrzehnten nach dem Jahre 1241 die Kirchen in raschester Folge erstanden. Bei mehr Kirchen, als man dies bisher wahrhaben wollte, wird der Baubeginn vor dem Jahre 1241 liegen<sup>16)</sup>. Da zudem ja nur ein Teil der romanischen Bauten auf uns gekommen ist, bzw. sich heute nachweisen läßt, so ist mit einer zahlenmäßig recht bedeutenden Bautätigkeit auf Oberzipser Boden in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu rechnen.

Kirchen aus Stein konnten erst nach einiger Festigung der Siedlungen errichtet werden, die Jahrzehnte der Landnahme waren von der harten Arbeit der Urbarmachung und der Erbauung der Gehöfte voll ausgelastet. So ergibt sich auch von dieser Seite die Tatsache eines frühen und starken deutschen Einsatzes.

Aus den urkundlichen Nachrichten hat man mehr oder minder unmittelbare Hinweise auf die Herkunft der Zipser Siedler zu finden gesucht, so etwa aus der Tatsache, daß die Villa Isaac von 1209 auf oder neben dem Landstrich lag, der dem Bamberger Bischof Eckbert zugehörte, auf ostfränkische Siedler. 1209 schenkt König Andres den Grundbesitz, der Eckberts Eigentum war, dem Zipser Propst Adolf und seiner Schwester, diese war die Gattin des Rutker, des Ahnen der Sippe Berzeviczy. Der Beiname dieser Familie war Gallus, das vielleicht als Franke aufgefaßt werden könnte<sup>17)</sup>. Bischof Eckbert ist übrigens der Bruder der ungarischen Königin Gertrud gewesen. Aus der Kirchenheiligen des Vorläufers von Käsmark, der 1251 als Villam Saxoniam apud ecclesiam Sankte Elizabeth wollte man auf Thüringer schließen<sup>18)</sup>.

Eine mit 1194 datierte Urkunde, die im 13. Jahrhundert gefälscht worden ist, weiß von 3000 Österreichern zu berichten, die ein Graf Narad nach dem Komitat Abauj-Torna gebracht hat<sup>19)</sup>. So eine Nachricht ist nicht nur für diese Zeit und für diesen Teilabschnitt der ostdeutschen Landnahme durchaus ungewöhnlich, man muß sie daher in ihrer Glaubwürdigkeit einigermaßen bezweifeln<sup>20)</sup>. Für Wallendorf ist nun allerdings ein recht bestimmter Hinweis auf das Komitat Abauj-Torna für das 13. Jahrhundert vorhanden, es heißt geradezu: „die aus dem Torna-Komitat stammenden Wallendorfer“. Der Ortsname indes weist keineswegs auf bayrische Siedler, sondern auf den Westen, auf Wallonen, die stellenweise von den benachbarten Flämen bei der Ostsiedlung mitgerissen worden sind.

Versuchte man aus diesen und anderen Nachrichten ein Gesamtbild vom Ursprung der deutschen Siedlung in der Oberzips zu zeichnen<sup>21)</sup>, dann ergäbe sich tatsächlich

<sup>16)</sup> Ebenda S. 6.

<sup>17)</sup> Liptak, Urgeschichte und Besiedlung, S. 116.

<sup>18)</sup> So Fekete Nagy; Repp im Schlesischen Jahrbuch 7, S. 89, macht dagegen geltend, daß auch in madjarischen Orten der hl. Elisabeth geweihte Kirchen bestanden haben.

<sup>19)</sup> Auf dieses Schriftstück hat uns Fekete Nagy a. a. O. aufmerksam gemacht.

<sup>20)</sup> Verf., Zur Herkunftsbestimmung alter deutscher Volksinseln im ostmitteldeutschen Vorland auf Grund der Mundart, Zeitschrift für Mundartforschung 15, 1939, S. 25ff.

<sup>21)</sup> Es fehlt leider noch immer eine von deutscher Seite stammende, den Forderungen der modernen Siedlungsforschung entsprechende Darstellung der Zipser Siedlung.

ein recht allmähliches Einrücken der Deutschen, die wieder von verschiedener stammlicher Herkunft gewesen sind<sup>22)</sup>).

Aus den geschichtlichen Nachrichten geht nun eindeutig hervor, daß die Zipser deutsche Siedlung vor dem Werden des Neustammes der Schlesier liegt. Gelingt der Nachweis, daß es sich um eine einheitliche Gruppe handelt, dann fällt die These vom allmählichen Zuzug weg.

Die Sprachraumforschung hat nun auf Grund der heutigen Mundart<sup>23)</sup> wie auch durch eine Untersuchung der volkssprachlichen Einschlüge in der mittelalterlichen Kanzleisprache<sup>24)</sup> nachgewiesen, daß die Zipser keine schlesische Mundart sprechen. Die Zipser Sachsen sind vielmehr ihrer Herkunft nach Flämen, die nach einem längeren Aufenthalt in der Leipziger Bucht weitergezogen sind; aus dieser Tatsache ergeben sich weitgehende Beeinflussungen durch das sich dort bildende koloniale Deutsch. Die Zipser sind in ihrem Grundstock Flandrenses, nicht Rhenenses.

So lenkt sich der Blick sofort auf Siebenbürgen: die dortigen „Sachsen“ sind ebenfalls vor dem Werden des schlesischen Neustammes eingerückt, sie waren wie die Zipser deutsche Grenzhüter, sie sind auch in der Herkunft mit ihnen verwandt. Siebenbürger und Zipser sind von den ungarischen Königen als Gäste, die bevorrechtet waren, herbeigerufen worden. Von einem „unbemerkten“ Einrücken kann keine Rede sein.

Volksgeschichtlich gesehen nehmen die Deutschen in der Zips gegenüber der schlesischen Siedlung im Norden und der bayrischen im Süden — beide Siedelräume sind in der Nachbarschaft der Zips dem deutschen Volkskörper weitgehend durch Umvolkung verlorengegangen — eine durchaus eigenständige Stellung ein<sup>25)</sup>.

Es ist nun gewiß kein Zufall, daß der ebenfalls frühe Einsatz der Deutschen aus Schlesien in den Wäldern am Weißen Dunajetz erfolgte: es war eine Gegenmaßnahme von polnischer Seite, durch die verhindert werden sollte, daß von Ungarn her allzuviel von dem wichtigen Paßgebiet in Besitz genommen wird. Die Grenzsicherung durch deutsche Siedlung brachte meist immer auch ein Vortragen der Landesgrenze mit sich, die in dieser Zeit noch nicht durch eine Linie bestimmt war, sondern durch einen mehr oder minder breiten Streifen, durch eine Grenzzone. Wer sich eben durch Rodung und Siedlung mehr davon aneignete, der hatte gewonnen<sup>26)</sup>.

---

<sup>22)</sup> So etwa schon A. Münnich, *Igló királyi korona-és bányaváros története*, Zipser Neudorf 1896, S. 72.

<sup>23)</sup> E. Schwarz, *Sudetendeutsche Sprachräume* (Schriften der Deutschen Akademie in München, Nr. 21), München 1935, S. 292ff.

<sup>24)</sup> Verf., *Die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache*, § 138; Verf., *Das Stadtbuch von Zipser Neudorf*, S. 25ff.

<sup>25)</sup> Sie ist in ihrer besonderen Formung und Eigengesetzlichkeit eigentlich nur von der Sprachraumforschung erkannt und dargestellt worden. Auf volkswissenschaftlichem Gebiet findet sich bei B. Schier, *Hausbaulandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa* (Beiträge zur sudetendeutschen Volkskunde, Band XXI), Reichenberg 1930, eine Hervorhebung der Zipser Eigenheiten.

<sup>26)</sup> Das ist gut für ein anderes Gebiet herausgearbeitet worden durch J. Pfitzner, *Die Besiedlung der Sudeten bis zum Ausgang des Mittelalters*, Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 1, 1931, Sonderdruck.



Von polnischer Seite her ist die fortschreitende deutsche Siedlung in der Oberzips gewiß bald aufmerksam verfolgt worden und es wurde bezeichnenderweise zum gleichen Mittel als Gegenmaßnahme gegriffen.

Die deutsche, aus Schlesien kommende Siedlung am Dunajetz richtet sich denn auch klar und ganz eindeutig gegen die Oberzips. Das geht aus der zweiten Nachricht vom Jahre 1244 hervor: damals übergibt Boleslaus, Herzog von Krakau und von Sandomir, die schon bestehende und im dichten Wald gelegene Schulzei von Pudlein seinem Getreuen, dem Schulzen Heinrich nach magdeburgischem Recht<sup>27)</sup>. Pudlein war damals eine junge Siedlung, die noch im dichten Wald lag. Es galt hier das Recht von Magdeburg. Von der Zipser Willkür, die erst wesentlich später ihre erste schriftliche Fassung erhielt<sup>28)</sup>, kann denn auch nicht die Rede sein. Die später aufscheinende Rechtsgrenze zwischen den Siedlungen um Pudlein, in denen das Magdeburger Recht gilt, und zwischen den eigentlich altzipserischen Städten und Dörfern mit ihrer Zipser Willkür hat aber jedenfalls in dieser Zeit ihren volksgeschichtlichen Hintergrund. Wie wohl mit Recht vermutet wurde<sup>29)</sup>, ist nicht die ursprüngliche, alte Anlage von Pudlein auf unsere Tage gekommen. Es hat den Anschein, als habe der Ort durch einen zweiten Einfall der Tataren in die Zips im Jahre 1285 so viel gelitten, daß es daraufhin zu einer Neuanlage gekommen ist, die von vornherein als Stadt gedacht war. 1292 werden dann vom böhmischen König Wenzel, der damals auch Großfürst von Polen gewesen ist, der Siedlung Pudlein die Privilegien einer Stadt zuteil, wieder auf der Grundlage des magdeburgischen Rechts<sup>30)</sup>.

Pudlein ist keine Anlage nach dem ostdeutschen Kolonialschema mit einem quadratischen oder rechteckigen Platz, sondern es hat die Form eines offenen Angermarktes<sup>31)</sup>, der entwicklungsgeschichtlich auf das allerngste mit dem Straßenangerdorf<sup>32)</sup> zusammenhängt, ja dessen „städtische“ Form darstellt. Es ist nun gar nicht so leicht zu entscheiden, ob der Anger auf das 1244 erstmals erwähnte Dorf Pudlein zurückgeht oder ob er der Wiederbegründung entstammt. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache nicht ohne Bedeutung, daß die Anfänge der Pudleiner Pfarrkirche in die Zeit der Gründung der ersten Siedlung Pudlein zurückreichen<sup>33)</sup>, daß sie außerdem bereits in Zipser kunstgeschichtliche Zusammenhänge einzugliedern ist. Das zeigt uns, daß die aus verschiedener Wurzel kommende und von den zwei angrenzenden Staaten aus betriebene Deutschensiedlung schnell zusammenwuchs, daß ein großes

<sup>27)</sup> Fejér, Codex diplom. Hungariae IV/1, S. 353; Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern 2, S. 12; Förster, Szepesvármegye a tatárjárás elött, Mitteilungen der Zipser historischen Gesellschaft 1915, S. 1ff.

<sup>28)</sup> Vgl. vor allem K. Demkó, A szepesi jog, Budapest 1890.

<sup>29)</sup> Von V. Mencl, Středověká města na Slovensku (Práce Učené společnosti Šafaříkovy, Band 26), Preßburg 1938, S. 77.

<sup>30)</sup> Fejér, Cod. dipl. Hung. VI/1, S. 230.

<sup>31)</sup> Verf., Deutsche mittelalterliche Stadtanlagen in der Slowakei, ein Beitrag zur ostdeutschen Volks- tumsgeographie, Südostforschung 5, 1940, S. 350.

<sup>32)</sup> Begriffsbildung und Terminologie nach W. Ebert, Ländliche Siedelformen im deutschen Osten, Berlin 1936.

<sup>33)</sup> V. Mencl, Stredoveká architektúra na Slovensku, Band I, S. 355.

deutsches Siedelgebiet zu beiden Seiten der nunmehr entstandenen Grenzlinie lag, in dem dieser eben nicht eine sonderlich wichtige Rolle zukam. Die Form des Angermarktes ist bei altschlesischen Städten keineswegs unbekannt, es ist auf Neumarkt in Schlesien zu weisen, das aus dem frühen 13. Jahrhundert stammt und das eine Marktsiedlung als Vorläufer hatte. Auf diesen könnte die Platzform der mit flämischem Recht bewidmeten Stadt zurückgehen<sup>34)</sup>. Kommen wir in das ausgehende 13. Jahrhundert, dann muß allerdings gesagt werden, daß damals der Straßenmarkt bei städtischen Neugründungen im schlesischen Siedelraum kaum mehr angewandt worden ist<sup>35)</sup>. Aber eben in diesen Ostgebieten muß auch mit Spätformen gerechnet werden.

Bei der deutschen Landnahme in der Zips spielt das Angerdorf eine Rolle, es entwickelt sich daraus der Typ einer großen Angerstadt und zwar erst, als das Zipser Volkstum nach Osten ausgreift. Klein-Zeben, Preschau und Kaschau gehören in diesen Rahmen<sup>36)</sup>. Wenn sich bei der Pudleiner Kirche oberzipserische Einflüsse der Frühzeit nachweisen lassen, so scheint die Herleitung des Angermarktes aus dieser Wurzel dennoch gewagt, es sei denn, man nimmt an, bei einer Neuaussetzung als Stadt seien Zipser Landmesser berufen worden.

Für das Dunajetzdeutschtum ist nun nicht etwa das Waldhufendorf, sondern das Straßendorf bezeichnend<sup>37)</sup>, das ja mit dem Straßenangerdorf auf das engste verwandt ist.

Der erste städtische Mittelpunkt des Dunajetzdeutschtums ist Neumarkt, das um das Jahr 1250, wenn nicht sogar schon früher, begründet worden ist und zwar von allem Anfang als Stadt, als wirtschaftlicher Mittelpunkt, wie aus dem mit „markt“ zusammengesetzten Ortsnamen hervorgeht<sup>38)</sup>. 1273 war Altsandetz schon Stadt, und 1292 wird einem Schulzen Heinrich von der Prinzessin Kunigunde, die eine Tochter Belas IV. von Ungarn ist, das Waldgebiet bei Kniesen und Pudlein zur Rodung übertragen. Hier werden dann Ober- und Unterrauschenbach gegründet<sup>39)</sup>. 1292 wird Alt-Lublau als dörfliche Siedlung angelegt. Es ist für den Zweck der von Krakau her ins Werk gesetzten Siedlung sehr bezeichnend, daß das hart an der ungarischen

<sup>34)</sup> F. Schilling, Ursprung und Frühzeit des Deutschtums in Schlesien und im Lande Lebus (Ostdeutsche Forschungen, hgg. von V. Kauder, Band 4 und 5), Leipzig und Posen 1938, S. 214ff und Tafel 24 a.

<sup>36)</sup> Die Frage, wieso Stadt Olbersdorf, Ostsudetenland, einen Angermarkt als Stadtplatz hat, bedarf noch näherer Untersuchung. Die Siedlung ist zunächst Waldhufendorf gewesen, für das auch der Name paßt, die Stadterhebung erfolgte im ausgehenden 15. Jahrhundert. K. v. Maydell, Die ländlichen Siedlungsformen Nordwestschlesiens und ihre Bedeutung als Geschichtsquelle, in der Wostry-Festschrift „Heimat und Volk“, hgr. von A. Ernstberger, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1937, S. 465, hat gemeint, der Angermarkt sei eine Zugründung zur Waldhufensiedlung Olbersdorf. Vgl. dazu noch Verf., Forschungen zur Volkstumsgeographie des südschlesischen Stammesgebietes (Beiträge zur sudetendeutschen Volkskunde, Band XXV), Reichenberg 1940, S. 31.

<sup>38)</sup> Verf., Deutsche mittelalterliche Stadtanlagen in der Slowakei, a. a. O. S. 351ff.

<sup>37)</sup> W. Kuhn in seiner Arbeit über das Dunajetzdeutschtum im Handwörterbuch f. d. Grenz- und Auslandsdeutschtum Bd. 3, S. 17ff.

<sup>38)</sup> Ebenda S. 18.

<sup>39)</sup> Liptak, Urgeschichte und Besiedlung, S. 132.

Grenze liegende Pudlein früher entstand als das weiter nördliche Alt-Lublau. Die unmittelbare Gewinnung der Grenze durch Besetzung mit deutschen Siedlern schien das Vordringlichste. Alt-Lublau und Kniesen wurden 1292 verpflichtet, der neuen Stadt Pudlein bei der Errichtung einer Umwehrung beizustehen<sup>40)</sup>. 1342, als der Landstrich längst zu Ungarn gehörte, wird Lublau durch königliches Privileg aus dem Befehlsbereich des Burggrafen der Burg Lublau ausgeschieden und mit dem Recht von Kaschau begabt<sup>41)</sup>.

Es ist ganz selbstverständlich, daß zwischen den von Norden kommenden Dunajetzdeutschen und den südlich davon siedelnden Zipsern bald engere Beziehungen sich entwickelten. Die deutsche Grenzsiedlung zu beiden Seiten hat sich keineswegs so ausgewirkt, daß volkstumsmäßige Gegensätze entstanden wären. Das ist auch gar nicht der Zweck gewesen: es ging vielmehr darum, durch Rodung und Anlage von Dörfern die Grenzstreifen zu gewinnen. In den Deutschen lebte ein Unternehmertegeist, der vor den schweren Aufgaben der Neusiedlung nicht im geringsten zurückschreckte. Mit den Dunajetzdeutschen waren selbstverständlich Lokatoren gekommen, die anrainenden Zipser aber hatten vielleicht schon größere Erfahrung als die neu aus Schlesien kommenden Deutschen. Auf jeden Fall haben sich Zipser Lokatoren am Siedelwerk im Dunajetzgebiet beteiligt. Die Landesgrenze war kein Hindernis, daß sich bald ein Blutaustausch anbahnte. Eine andere Frage ist, ob mit den Zipser Lokatoren und Schulzen auch Siedler über die ungarische Grenze gegangen sind, ob die Zipser Flämen nennenswerten oder faßbaren Anteil an der deutschen Siedlung am Dunajetz hatten<sup>42)</sup>. Von den Siedlungsformen, die einen Hinweis bieten könnten, ist schon oben die Rede gewesen. Da es an unmittelbaren Nachrichten über diese Frage fehlt, so kommen vor allem die Mundart oder bei entdeutschen Siedlungen die mundartlichen Einschläge in der älteren Kanzleisprache als Kriterien für die mutmaßliche Herkunft der Siedler in Frage.

Vorerst muß aber noch auf die weitere Ausbreitung der vom Dunajetz ausgehenden deutschen Siedlung eingegangen werden. 1315 wird Hopgarten, heute das nordöstlichste deutsche Dorf des oberzipserischen Stammesgebietes, begründet. Comes Nicolaus übergibt dem Nicolao de Petrivilla villa sculteto silvam extirpandam villam quoque quae Hophegarten nuncupatur<sup>43)</sup>. Damals war bereits in der politischen Zugehörigkeit dieses Grenzstreifens ein Wandel eingetreten, der sich volksgeschichtlich zunächst nicht bemerkbar macht. Nachdem schon im Jahre 1299 das Zipser

<sup>40)</sup> Fejér, Cod. dipl. Hung. VI/1, S. 230.

<sup>41)</sup> Ebenda IX/1, S. 50f.

<sup>42)</sup> H. J. Beyer, Das Schicksal der Polen, Leipzig 1942, S. 82 hat meine schon früher ausgesprochene Ansicht, die Zipser hätten am Aufbau des Dunajetzdeutchtums keinen faßbaren Anteil, bezweifelt. — Dies war für mich mit ein Anlaß, nochmals und zwar eingehender auf die Frage zurückzukommen, trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß ich als Soldat in Rußland stehe.

<sup>43)</sup> K. J. Schröer, Versuch einer Darstellung der deutschen Mundarten des ungrischen Berglandes (Sonderdruck aus den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 44), 1864, S. 64.



Kapitel über die Zehnten in Lublau und Pudlein verfügen kann<sup>44)</sup>), kam es zu Beginn des 14. Jahrhunderts endgültig an die Krone Ungarns.

In dieser Zeit setzt eine neue und weitausgreifende Siedlungsbewegung ein, für die zweierlei kennzeichnend ist: einmal die Form des Reihendorfes mit Waldhufenflur und zum zweiten die typische Namengebung auf „-hau“. Eben in dem ursprünglich zu Galizien zählenden Grenzstreifen begegnet das erste in diese Gruppe gehörige Dorf, es ist das 1308 genannte und wohl schon früher angelegte Frankenhau<sup>45)</sup>), also der „Hau des Frank“. Wohl kaum eine andere Namengebung könnte besser die Rodetätigkeit in den weiten Karpatenwäldern kennzeichnen. Bald darauf erscheinen eine ganze Reihe weiterer Hausiedlungen in den Urkunden: 1320 Friedmannshau, das gar nicht weit von der Stadt Neumarkt entfernt liegt, 1322 Stephanshau (in der Nähe von Pudlein), 1326 Mathishau, 1338 Hanneshau<sup>46)</sup>), dann Helbingshau usf.<sup>47)</sup>.

Durch einen Vergleich mit den Landschaften, in denen es ebenfalls Haunamen gibt, wollte man das Problem der Hausiedlung lösen<sup>48)</sup>). Das Kartenbild der Ortsbezeichnungen auf „-hau“<sup>49)</sup> zeigt vor allem ein sehr kräftiges Ausgreifen aus dem Pudlein-Lublauer Raum nach Osten in die ehemaligen Komitate Scharosch und Semlein (Zemplin). Die Stadt Bartfeld scheint den Schwerpunkt des großen ostslowakischen Hausiedlungsgebietes zu bilden, in dem eine erste Untersuchung schon über 70 Haunamen ergab<sup>50)</sup>), die Zahl dürfte aber, wie eine eingehende Untersuchung für die Grafschaft Semlein ergeben hat, noch höher sein<sup>51)</sup>). Die Stadt Bartfeld wurde 1320

<sup>44)</sup> Liptak, Urgeschichte und Besiedlung, S. 82.

<sup>45)</sup> Ebenda S. 130.

<sup>46)</sup> Das nicht mit dem Ort gleichen Namens in der \*Kremnitz-Deutsch-Probener Volksinsel zu verwechseln ist.

<sup>47)</sup> Vgl. die Zusammenstellung bei Liptak, Urgeschichte und Besiedlung, S. 131 und 139.

<sup>48)</sup> Dazu vor allem J. Hanika, Ostmitteldeutsch-bayrische Volkstumsmischung im westkarpathischen Bergbaugebiet (Deutschtum und Ausland, hg. v. G. Schreiber, Heft 53), Münster i. W. 1933.

<sup>49)</sup> Ebenda, Skizze 1; dann von demselben Verf. im Schles. Jahrbuch 7, S. 76. Darauf und auf der Karte Lücks, Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens, aufbauend die Karte 2 bei Verf., Zur Deutschumsgeographie der Slowakei, Zeitschrift für Erdkunde 7, 1939, S. 225, und Karte 6 bei Verf., Die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache, S. 247.

<sup>50)</sup> V. Luntzer und J. Melich, Deutsche Ortsnamen und Lehnwörter des ungarischen Sprachschatzes (Quellen und Forschungen zur Geschichte, Literatur und Sprache Österreichs, Heft 6), Innsbruck 1900, S. 20ff.

<sup>51)</sup> Siehe die in der Zeitschrift „Karpatenland“ erscheinende Abhandlung von F. Zimmermann, Mittelalterliche deutsche Siedlungen in der Ostslowakei (im ehemaligen Komitat Zemplin). Eine ortsnamenkundliche Untersuchung. Durch das Entgegenkommen von Dipl.-Ing. Friedl von der Hauptleitung der Deutschen Partei in der Slowakei (Preßburg) war es mir möglich, die Arbeit schon vor dem Erscheinen in der Korrektur einzusehen.

Neben anderen Ortsnamen deutscher Herkunft erschließt bzw. belegt Zimmermann folgende Haunamen in dem von ihm untersuchten Raum, der an das Bartfelder Kerngebiet der Hausiedlung anschließt:

1390 Baxawagasa

1402 Daiduagasa < Davidshau

1372 Dythryhuagasa < Dietrichshau

1408 Folkrophaw, 1441 Fulketshaw

durch den Lokator Lorenz gegründet, schon acht Jahre vorher war mit den Vorbereitungen für die neue Stadt begonnen worden<sup>52)</sup>. Bartfeld ist eine schöne Plananlage nach dem ostdeutschen Kolonialschema<sup>53)</sup>, freilich in durchaus individueller Prägung. Denn der Ringplatz, auf dem frei das aus den Anfangszeiten der Renaissance stammende Rathaus steht, ist auffallend langrechteckig, so daß fast der Eindruck einer Ähnlichkeit mit den sogenannten süddeutschen Längsmärkten<sup>54)</sup> entstehen könnte. Auch der Abschluß der nördlichen Schmalseite des Bartfelder Platzes ist ungewöhnlich: hier steht die große Egydikirche und dahinter liefen bereits die Stadtmauern,

Noch heute hat Bartfeld ganz das Gesicht einer ostmitteldeutschen Stadt.

Bartfeld begegnet bald als Mittelpunkt eines ausgedehnten Deutschumsgebietes, dessen hervorstechendstes Merkmal die Haunamen sind. In den Stadtrechnungen von 1418—1444 werden z. B. genannt: 1419 Judex de Petirshaw (1420 Judex de

---

Noch Anmerkung 51

1430 Gyapolwagasa / Gepelhau (?)

1408 Gerawich, 1430 Geroch / Gerlshau

1408 Gyglouicz, 1430 Gylogh, 1454 Giglocz / Gilgenhau (?)

1408 Staskenhaw

Jánosvágása, slowak. Hankovce / Hankenhau

1454 Jakswagasa

1408 Cassorhaw

Kisortovány, slowak. Porúbka / Kleinhau (?)

1408 Kolbenhaw

1570 Krislócz / Krieselhau (?)

1408 Makenhaw

1363 Matyasvagasa / Matzhau

1430 Mychlo / Michelhau

1430 Miniewagasa

1397 Banyapathaka alias Wyuagas

1570 Soltész / Scholzenhau

1320 Pernou / Bärnhau (?) (W).

1363 Peturuagasa / Petershau

Šandal / Schandelhau (?)

1479 Istvanvagas / Stefanshau

Kamená Poruba / Steinhau (?)

1408 Fotyzhaw

1430 Warihhaza (verlesen für -hawa?), 1454 Waryho / Warichhau

1408 Czenkerhaw.

(Deutungen nach Zimmermann bis auf die mit W. bezeichnete, Fragezeichen von mir.)

Madjarisch -vágása bedeutet (sein) Hau und tritt in der urkundlichen Überlieferung oft für das volkläufige -hau ein. Daß es sich dabei um reine Kanzleiübersetzungen handeln muß, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß der erste Teil der betreffenden Ortsnamen nie ein madjarisches Element enthält.

<sup>52)</sup> Kaindl, Geschichte der Deutschen 2, S. 169; Toth, Sáros vármegye monográfiája, Ofenpest 1912, Band 3, S. 337.

<sup>53)</sup> Verf., Deutsche mittelalterliche Stadtanlagen in der Slowakei, a. a. O. S. 472; Mencl, Stredoveka mesta, S. 105.

<sup>54)</sup> A. Hoenig, Deutscher Städtebau in Böhmen, Berlin 1921, handelt S. 25ff über dieses Anlageprinzip.

villa Petri), 1426, 1429, 1433, 1438, 1444 Petershaw, Petirshaw, 1426 ad villam Spiskenhaw, Michilshaw, 1432 Michelshau, 1427 Nicolao Göder de Nicloshaw, 1428 Niclosaw(!), 1427 Gerlachshaw, 1433 Starkenhaw, Cunczelshaw, 1435 Andrishaw, 1436 Comloschhaw, Andres von der(!) Crawsenhaw, 1438 domino(!) Paulo de Rahenhaw, 1440 Czench Lasslaw sculteto de Ebirbshaw, 1444 Steffan de Eberczau, 1443 Passeck cum Rottha(?), ferner die Sippennamen 1418 Paczenhawer, Wytchinnewerynn, 1428 Wytchinneweryn, 1435 Jöрге Witthenhewer, 1418 Jacob Jurkinhawer, Jurkinhewer, 1435 Girkenhewer, 1429 Kolbenhewer<sup>55)</sup>.

Neben den Hausiedlungen gab es noch eine große Anzahl anderer Dörfer mit deutschen Ortsbezeichnungen. So werden z. B. 1446 bei Bartfeld genannt: Sönwald, Scheyb, Richwald, Koberdorff<sup>56)</sup>.

Im weiteren Vordringen der Hausiedlung nach Osten entstand in der Grafschaft Semlein das Städtlein Stropko<sup>57)</sup> mit einem viereckigen Platz, auf dem die in ihren ältesten Teilen in die Mitte des 14. Jahrhunderts zurückreichende Kirche steht<sup>58)</sup>. In den Bergen nordöstlich von Stropko liegt unfern der galizischen Grenze das Dörflein Kolbenhau, aus der die Sippe der Kolbenhäuer ihren Ausgang genommen hat. Im Jahre 1429 wird ein Kolbenhäuer in den Bartfelder Rechnungsbüchern genannt, am alten evangelischen Friedhof in Bartfeld, der übrigens durch die Aufschriften auf den Grabsteinen ein durchaus deutsches Aussehen hat, sind die Kolbenhäuer mehrmals vertreten.

Der Dichter und Denker Erwin Guido Kolbenheyer entstammt dieser Sippe, die aus dem kleinen Dorf Kolbenhau in den galizischen Grenzbergen ihren Ausgang genommen hat, das längst durch Umvolkung ukrainisch geworden ist. Ein Stück ostdeutschen Schicksals wird hier greifbar.

Wenn man die Frage nach der Herkunft und dem Ursprung der Hausiedlung klären will, dann ist es notwendig festzustellen, wo diese Namengebung zuerst auftaucht. Im Sudetenraum begegnen nun zwei Kleinräume, in denen mehrere Ortsnamen auf „-hau“ dicht nebeneinander vorkommen. Der eine liegt im Kreis Freiwaldau, Ost-Sudetenland, und ist neuzeitlicher Entstehung, der älteste, heute aber schon wieder verklungene Ortsname dieses Abschnitts ist Waltenshau < Valentinschau, der erst zum Jahre 1580 genannt wird<sup>59)</sup>. Die anderen Hausiedlungen bei Freiwaldau sind noch jünger. Es sieht aus, als ob die vereinzelt Hausiedlungen im benachbarten Nordmähren damit irgendwie in Zusammenhang stünden, der aber noch zu

<sup>55)</sup> L. Fejérpataky, Magyarországi városok régi számadaskönyvei, Ofenpest 1885, S. 179, 187, 223, 289, 321, 198, 595, 209, 216, 232, 408, 249, 269, 237, 416, 441, 443, 448, 456, 391, 510, 600, 584, 603, 166, 170, 183, 277, 412, 168, 243, 431, 425, 387, 294.

<sup>56)</sup> B. Jványi, Bartfa szabad királyi város levéltára 1319—1501, Band 1: 1319—1501, Budapest 1910, S. 80.

<sup>57)</sup> Verf., Deutsche mittelalterliche Stadtanlagen in der Slowakei, a. a. O. S. 475f.

<sup>58)</sup> Mencl, Středověká města, S. 107.

<sup>59)</sup> A. Drechsler, Altvaterland, Band 1, Olmütz o. J., S. 102ff.



erweisen wäre, zumal zeitliche Schwierigkeiten bestehen. Der Bereich scheidet jedenfalls als Ursprungsgebiet für die Hausiedlung in Galizien und in der Slowakei von vornherein aus, denn die Namen mit den Orten entstammen der im 16. Jahrhundert einsetzenden neuzeitlichen Innenkolonisation<sup>60</sup>). „Hau“ bedeutet in der Mundart dieses Raumes eine Hiebabteilung im Wald, aus diesen Flurnamen haben sich die Ortsbezeichnungen entwickelt. Ein äußerer Anstoß, ein Vorbild ist nicht zu erkennen und wird auch nicht vorhanden sein. Wo Hau die Bedeutung eines gefällten Waldstreifens hatte, da konnte sich überall daraus eine Ortsnamengebung entwickeln.

Eine zweite Gruppe von Hausiedlungen begegnet bei Stadt Liebau<sup>61</sup>), ebenfalls im Ostsudetenland. Von einer Ausnahme abgesehen lauten diese Ortsnamen heute alle auf „-au“, die Überlieferung erweist sie jedoch ganz eindeutig als Haunamen. Es handelt sich um Schmiedsau, Rudelzau, Siegertsau, Bernhau, Geppertsau, Lindenau und das ein Stück weiter abseits in Sudetenschlesien liegende Nitschenau. Im Jahre 1518 wird Sigertshaw geschrieben, 1617 Rudelshau und im 18. Jahrhundert noch oft Bärnhau, Bährnhau, dagegen Lindenau<sup>62</sup>). Hier handelt es sich um mittelalterliche Reihendörfer mit Waldhufenflur<sup>63</sup>), aber es fehlen genügend alte Erwähnungen, die eine Verknüpfung mit der östlichen Hausiedlung rechtfertigen würden. Es ist methodisch auch nicht richtig, die gewaltige Zahl der Hausiedlungen in Galizien und in der Slowakei mit den kleinen Gruppen von gleichartig benannten Dörfern weiter im Westen in siedlungsgeschichtlichen Zusammenhang zu bringen. Keine dieser Kleinlandschaften wäre imstande gewesen, die notwendigen Kräfte abzugeben, ganz abgesehen davon, daß der erste urkundlich greifbare Hauort das 1308 genannte Frankenhau ist, das zum dunajetzdeutschen Siedelbezirk zählt. Wenn dann 1317 ein Schottenhow im Herzogtum Auschwitz genannt wird<sup>64</sup>) und 1359 südlich von Mährisch-Ostrau ein Leibenhau<sup>65</sup>), so geht daraus keineswegs hervor, daß die Hausiedlung etwa nach Osten vorgedrungen sei, auch wenn man in Betracht zieht, daß urkundliche Erstnennungen sehr oft erheblich nach der Gründung der betreffenden Orte liegen kann. Aber das gilt genau so gut auch für die Hauorte in der Ostslowakei und in Galizien.

In der Slowakei läßt sich im Gegenteil ein klares und frühzeitiges Ausgreifen der Hausiedlung nach Westen hin verfolgen, denn auch die Kremnitz-Deutsch-Probener Deutschumsinsel, in der sich Haunamen gehäuft vorfinden, ist von Deutschen aus dem Dunajetzraum erschlossen worden, ebenso gehören die anderen Hausiedlungen in der Slowakei in denselben siedlungsmäßigen Zusammenhang<sup>66</sup>). Lange hat freilich

<sup>60</sup>) Reutenhau, Kreis Mährisch-Schönberg, soll eine Ausnahme bilden, und älter sein. Belege sind mir nicht bekannt.

<sup>61</sup>) Zum ganzen Fragenkomplex Verf., Die südschlesische Hausiedlung, Der Oberschlesier 21, 1939, S. 342, und Verf., Forschungen zur Volkstumsgeographie, S. 222ff.

<sup>62</sup>) J. Röder, Aus der Vergangenheit des Kirchspiels Bodenstadt, Heimatblätter f. d. Olmützer Sprachinsel und das Odergebirge 1, 1933/34, S. 64f.

<sup>63</sup>) B. Berger, Die Besiedlung des deutschen Nordmährens, Brünn 1933, S. 91ff.

<sup>64</sup>) Hanika, Ostmitteldeutsch-bairische Volkstumsmischung, S. 45.

<sup>65</sup>) Codex dipl. Moraviae IX, S. 115.

<sup>66</sup>) Verf., Dunajetzschlesische Siedlung in der Slowakei, a. a. O. S. 128ff.

die Vorstellung von einer schlesischen Siedelstraße über Teschen, den Jablunkapaß und Sillein kommend, auf der im wesentlichen die schlesische Einwanderung in die Slowakei erfolgt sein soll, den Blick getrübt. Man wollte das deutsche Volkstum um Krennitz und Deutsch-Proben bei aller Anerkennung der östlichen Beziehungen doch im wesentlichen auf diesen Siedelstrom zurückführen<sup>67)</sup>. Die These mußte zusammenbrechen, als der Nachweis gelungen war, daß der Einsatz des deutschen Volkstums um Sillein vergleichsweise recht gering gewesen ist, den Silleiner Bürgern deutsches Bauerntum für die Siedeltätigkeit im Umkreis der Stadt offensichtlich nur in geringem Maß zur Verfügung stand<sup>68)</sup>.

Die Hausiedlung in der Ostslowakei und in Galizien arbeitet mit dem Reihendorf und der Waldhufenverfassung. Die ältesten dunajetzdeutschen Dörfer sind nun Straßenanlagen, dennoch ist an dem engen Zusammenhang zwischen diesen ältesten deutschen Orten am Dunajetz und den sich südöstlich bis über Bartfeld und Stropko hinziehenden anschließenden Hausiedlungen nicht zu zweifeln. Aus den urkundlichen Nachrichten ist ganz eindeutig der Zug zur alten ungarischen Grenze, die hier mit der Nordgrenze der Zipser Grafschaft zusammenfiel, zu erkennen, in diesen Streifen tauchen die ersten Hausiedlungen auf, hier ist aber auch, was besonders wichtig erscheint, die einzige dörfliche Siedlung des ganzen großen ehemaligen Deutschstumsgebietes, die das Volkstum der Siedelzeit ungebrochen und unvermischt erhalten hat: Hopgarten. In diesem Ort, der sein deutsches Volkstum nur in Anlehnung an das Zipser Stammesgebiet bewahren konnte, wird eine schlesische und keine oberzipserische Mundart gesprochen<sup>69)</sup>. Aus dieser Tatsache fällt auf die Sonderstellung der nördlichen Orte des heutigen deutschen Volksgebietes in der Zips ein neues Licht. Im sogenannten Zipser Niederland<sup>70)</sup> fehlt es nicht an nennenswerten schlesischen Sprachspuren, die in den letzten Jahrzehnten von der Oberzipser Mundart immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden sind; daß die sprach- und kulturraumbildenden Kräfte bis heute wirksam blieben, wird aus den Unterschieden in der Tracht<sup>71)</sup> zwischen Zipser Niederland und Oberland deutlich<sup>72)</sup>, auch im Brauchtum zeigen sich Besonderheiten. Es ist aber dabei nicht so, daß das Zipser Niederland nur ein Rückzugsgebiet in mundartlicher, trachten- und brauchtumsgeschichtlicher Hinsicht wäre, denn es zeigt sich, daß das Niederland im großen ganzen mit dem einstens zu Galizien gehörigen Grenzstrich zusammenfällt. Die schlesische Siedlung und das weitgehend oberzipserisch überschichtete schlesische Volkstum sind die Ursache für die Eigenstellung des Niederlandes.

---

<sup>67)</sup> Zuletzt J. Hanika im Schlesischen Jahrbuch 7, S. 83.

<sup>68)</sup> Verf., Die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache, S. 238ff;

Verf., Ostschlesische Siedlung in der Slowakei, Zeitschrift des Vereins f. Geschichte Schlesiens 74, 1940, S. 108ff; Verf., Die Slowakisierung der Stadt Sillein im Mittelalter: in Wörter und Sachen, Jg. 1940/42, S. 92ff.

<sup>69)</sup> Schwarz, Sudetendeutsche Sprachräume, S. 306 f.

<sup>70)</sup> Dazu die Karte bei Verf., Das Stadtbuch von Zipser Neudorf, S. 30.

<sup>71)</sup> J. Gréb, Zipser Volkskunde, Reichenberg 1935, S. 290ff.

<sup>72)</sup> Verf., Zur Deutschstumsgeographie der Slowakei, Zeitschrift für Erdkunde 7, 1939, S. 230.

Die Mundartforschung hat durch einen Vergleich der Volkssprache von Hopgarten mit den schlesischen Untermundarten den mutmaßlichen Ausgangsbereich recht genau umreißen können: es ist das oberschlesische Gebiet zwischen Neisse und Leobschütz<sup>73)</sup>. Hopgarten ist im Jahre 1315 begründet worden, nirgend findet sich ein Anhaltspunkt, daß die Siedler etwa unmittelbar vorher oder nur für diesen Ort gekommen seien. Man darf also mit guten Gründen annehmen, daß nicht nur die Hopgärtner, sondern mindest auch ein guter Teil der anderen Dunajetzdeutschen aus demselben Heimatgebiet stammte. Die ersten Deutschen kamen 1234 aus Schlesien nach Galizien, und in dieser Frühzeit war nicht nur die deutsche Siedlung in der oberschlesischen Landschaft zwischen Neisse und Leobschütz schon wirklich so weit fortgeschritten, daß man sich gut vorstellen kann, es seien Siedler unter sehr günstigen Bedingungen weitergezogen<sup>74)</sup>. Zum anderen waren die Elemente für die besondere Mundart des Raumes auch schon vorhanden, wie sich am Beispiel des alten Sprachinseldorfes Kostenthal nachweisen läßt<sup>75)</sup>. Hält man dazu, daß das von der Sprachraumforschung erschlossene Ausgangsgebiet der Hopgärtner nicht im Waldhufengürtel liegt, sondern typologisch ältere Plananlagen, vor allem Straßendörfer ausweist<sup>76)</sup>, so paßt das sehr gut auf den Kernraum der ältesten dunajetzdeutschen Siedlung. Wenn sich dann im weiteren Ausgreifen der dunajetzdeutschen Siedlung in der Slowakei und in Galizien bald das Waldhufendorf durchsetzt, so deshalb, weil ja 1234 nicht gleich alle Siedler aus Schlesien kamen, der Zustrom sich sicher über mehrere Jahre erstreckte und einem Teil der Rodungssiedler oder der Schulzen-Lokatoren das Waldhufendorf sicher nicht fremd gewesen ist. Es wurde bald allein angewandt, weil es den gegebenen Siedeltypus für die Karpatentäler darstellte. Der Wechsel in der Siedelform bedeutet nicht etwa, daß Siedler anderer Herkunft eingesetzt worden sind.

Wir haben oben Bartfeld als den Mittelpunkt des ostslowakischen Hausiedelbereiches bezeichnet. Bei jeder Stadtgründung fanden sich Leute aus den verschiedensten Landschaften ein, so wird es auch in Bartfeld nicht viel anders gewesen sein. Es ist aber eigentümlich und vielleicht nicht durchaus zufällig, daß in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts unter den Herkunftsnamen der Bartfelder Bürger der oberschlesisch-sudetenschlesische Grenzraum ganz eindeutig in den Vordergrund tritt. Wir finden die Orte Neisse, Neustadt, Troppau, Grottkau, Liebenthal, Glatz, Gleiwitz, Teschen, Ziegenhals und Botenwald (Kuhländchen) vertreten<sup>77)</sup>. Weit maßgeblicher aber ist wieder die Aussage der Sprache und zwar in diesem Fall der mittelalterlichen

<sup>73)</sup> Schwarz, Sudetendeutsche Sprachräume, S. 308.

<sup>74)</sup> Über die deutsche Siedlung um Neisse siehe vor allem J. Pfitzner, Besiedlungs-, Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes in Schlesien (Prager deutsche Studien aus dem Gebiet der Geschichte, Band 18), Reichenberg 1926; zu den Anfängen des Deutschtums in und um Leobschütz Bednara, Aus der Frühgeschichte der deutschen Stadt Leobschütz, in: Beiträge zur Heimatkunde Oberschlesiens (1), Leobschütz 1931. S. 39ff.

<sup>75)</sup> Verf., Sprache und Siedlung der oberschlesischen Sprachinsel Kostenthal, Deutsches Archiv f. Landes- und Volksforschung 2, 1938, S. 386ff.

<sup>76)</sup> Einen Teilausschnitt bringt H. Schlenger, Die Siedlungslandschaft von Kostenthal, Der Oberschlesier 19, 1937, S. 558ff.

<sup>77)</sup> Verf., Die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache, S. 251 und Karte 3, S. 230.



Kanzleisprache mit ihren starken mundartlichen Einschlägen, die uns sehr gut überliefert ist<sup>78)</sup>). Wenn man aus methodischen Gründen in Kreisen der historischen Forschung die Schlüsse aus der heutigen Mundart bezweifelt mit dem Einwand, daß seit der Siedelzeit erhebliche Wandlungen stattgefunden haben können, dann trifft das auf die mundartlichen Einschläge in der Kanzleisprache des 15. Jahrhunderts bestimmt nicht zu, wir sind hier gar nicht weit von der Siedelzeit entfernt. In Bartfeld ist eine schlesische Mundart gesprochen worden, die wenigen besonderen Züge zeigen Verwandtschaft mit dem deutschen Mundartgebiet Oberschlesiens.

Der Ring läßt sich schließen: denn auch die uns recht gut überlieferte mittelalterliche Kanzleisprache von Neusandetz ist nicht nur schlesisch, sie hat darüber hinaus Züge, die ganz eindeutig auf den oberschlesischen Raum zwischen Neisse und Leobschütz weisen<sup>79)</sup>, der als Ursprungsgebiet der Mundart von Hopgarten erkannt worden ist. Der in dieser Zeitschrift 3. Jg. Heft 4, S. 139 veröffentlichte Brief aus Neusandetz v. J. 1465 gehört in den gleichen oberschlesischen Zusammenhang.

Hopgarten, das etwa im Schwerpunkt der einstigen volklichen Verbindung zwischen Neusandez und Bartfeld liegt, und diese beiden Städte geben mit ihrer Sprache den Beweis, daß die stammesmäßige Einheit der dunajetzdeutschen Siedlung zu beiden Seiten der alten ungarisch-polnischen Grenze vorhanden war, daß wir genauer von einer dunajetz-schlesischen Siedlung zu sprechen haben.

Noch an anderer Stelle und zwar in Galizien wird dieselbe Mundart in der mittelalterlichen Schreibsprache greifbar, diesmal aber, da es sich um ein bäuerliches Schriftdenkmal handelt, besonders gut: in Kremenzstein bei Landshut, aus dem ein Dorfschöppenbuch des 15. Jahrhunderts erhalten blieb<sup>80)</sup>. Die mundartlichen Einschläge<sup>81)</sup> weisen auf dasselbe oberschlesische Gebiet wie die heutige Mundart von Hopgarten und die mittelalterliche deutsche Kanzleisprache von Neusandez und Bartfeld. Die ehemalige deutsche Mundart von Kremenzstein läßt sich dabei nicht in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schlesischen bringen.

Es handelt sich demnach um eine einheitliche Siedelschicht, bei der die Annahme, das Heimatgebiet habe nach und nach diese Menschen in die betreffenden östlichen Landschaften abgegeben, bestimmt nicht zutrifft. So ein Vorgang hätte keine Parallele. Wir haben eben doch allemal Tochttersiedlungen des Dunajetzdeutschtums vor uns. Die Mundart von Kremenzstein weist genau auch auf diese Tatsache<sup>82)</sup>.

<sup>78)</sup> Ebenda S. 249f.

<sup>79)</sup> Ebenda S. 246.

<sup>80)</sup> F. A. Doubek und H. F. Schmid, Das Schöffenbuch der Dorfgemeinde Krzeminięca aus dem Jahre 1452 bis 1482 (Quellen zur Geschichte der Rezeption, Band 2), Leipzig 1931.

<sup>81)</sup> Dazu eingehend Schwarz, Untersuchungen zur Mundart und Herkunftsfrage, a. a. O. S. 295ff.

<sup>82)</sup> H. Kaser, Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschtums, Beiträge zur Siedlungsgeographie (Schriften des Osteuropa-Instituts in Breslau, N. F. Band 2), Breslau 1934, S. 131, will im Anschluß an eine bei Doubek-Schmid, S. 5\*, abgedruckte Tradition — augenscheinlich eine der vielen späten Gründungssagen ohne historischen Hintergrund und literarische Herkunft — die Hausiedlung in Galizien auf eine Auswanderung aus der Deutsch-Proben-Kremnitzer-Deutschtumsgruppe zurückführen.

In Kremenzstein zeigt sich in der Sprache des Schöffebuches noch ein anderes, für die Frage der Herkunft des Dunajetzdeutschums sehr wesentliches Element: es wird für anlautendes mhd. ph- oft tph- geschrieben und es ist sicher auch gesprochen worden (z. B. eyn tphant = Pfand, eyn tphart = Pferd, tphingstage = Pfingsttage) und diese Lautung ist oberzipserischer Herkunft<sup>83)</sup>. Überall, wo Zipser an der Siedlung beteiligt gewesen sind, kann diese auffallende und nach den zahlreichen Belegen in den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Schriftstücken durchschlagende Lautung festgestellt werden, so östlich des Zipser Siedelgebietes in Kaschau und Preschau und dann im Westen, in Kremnitz. Die Mitbeteiligung der Zipser an den östlich davon geschaffenen Städten Preschau und Kaschau ist selbstverständlich, auch die Anlageform der beiden Städte als Angermärkte geht m. E. auf eine Entwicklung aus Zipser Wurzel zurück. Nach Kremnitz, der aufstrebenden freien Hauptbergstadt und königlichen Münze<sup>84)</sup>, sind Bergleute aus den Zipser Gründen gekommen.

Bartfeld gehört nun ebenso zum unmittelbaren Vorfeld und volklichen Strahlbereich des Zipser Deutschums wie Preschau und Kaschau. In der außerordentlich gut und nahezu geschlossen vorliegenden mittelalterlichen Kanzleiführung von Bartfeld ist aber nicht der geringste Zipser Einfluß in der Sprache zu spüren. Es fehlt somit auch das bezeichnende Zipser tph-. Bartfeld als Mittelpunkt des ostslowakischen Hausiedelbereichs hat somit nach all dem, was wir bisher über das Deutschum der Stadt wissen — und das ist verhältnismäßig viel —, keine greifbaren Zipser Spuren im Stammestum seiner Bewohner. Es zieht somit hier in der Ostslowakei eine recht deutliche Grenze zwischen der schlesischen Hausiedlung und dem Oberzipser Siedelgebiet, die durch keine politische oder sonstige Scheide mitbedingt ist<sup>85)</sup>. In der Oberzips in ihrem heutigen Umfang ist diese Grenze ebenfalls noch gut erkennbar, wenn sie auch durch die volkliche Entwicklung verwischt wurde; sie wird in diesem Abschnitt durch die vormalige, um 1300 gefallene Grenze zwischen Galizien und Ungarn bestimmt, die hier die von Norden und Süden kommenden Siedelströme aufgefangen hat. Als dann die Staatsgrenze ein Stück nach Norden verlegt wurde, da kamen die zu Ungarn und damit zur Grafschaft Zips gefallen Orte stärker in den Wirkungskreis des Zipser Stammestums. Sie hatten indes noch immer das schlesische Hinterland um den Dunajetz als Stütze, wie denn überhaupt nicht gesagt werden kann, daß den Staatsgrenzen damals allzu große Bedeutung für die volkliche Entwicklung beigemessen werden darf. Später sind ja auch noch die „13 Zipser Städte“ an Polen verpfändet, die nicht einmal ein geschlossenes Gebiet gebildet haben.

<sup>83)</sup> Dazu eingehend Verf., Kanzleisprache § 75 und Deckblatt 18.

<sup>84)</sup> M. Matunák, Z dejin slobodného a banského hlavného mesta Kremnice, Kremnitz 1928.

<sup>85)</sup> Vgl. die Karte „Das stammliche Gefüge des Slowakeideutschums im Mittelalter“ in Verf., Zur Deutschumsgeographie der Slowakei, a. a. O. S. 221. — Die Zipser Einflüsse in der Preschauer Kanzleisprache sind mir erst später bekannt geworden, siehe Verf., Deutsche mittelalterliche Stadtanlagen, a. a. O. S. 358, Anm. 175. Vgl. ferner B. Jványi, Eperjes'szabad királyi város levéltára 1245—1526 (Acta litterarum ac scientiarum universitatis Hung. Franciscus Josephinae, sectio: Juridica-politica, Tom. III), Szegedin, 1931.

Als das Dunajetzdeutschum durch Umvolkung verlorengegangen war, hielt sich im Anschluß an den Zipser deutschen Kernraum ein schmales deutsches Gebiet, das in Volksgut und Volkssprache sich immer mehr dem Zipser Volkstum anpaßte, zumal auch die Brücke nach dem deutschen Umland von Bartfeld abgerissen war. Die letzten Reste des bodenständigen Deutschums in Bartfeld sterben eben aus oder sie sind so weit vom Umvolkungsprozeß erfaßt, daß dieser deutsche Außenposten als verloren gelten muß. Hopgarten, das halbinselartig nach dem Osten vorgeschoben liegt, hat sich in dieser Stellung am besten in seiner schlesischen Eigenart erhalten.

In Kremenzen sind bestimmt Zipser beteiligt gewesen und zwar immerhin so stark, daß sie ein bezeichnendes Merkmal ihrer Mundart durchsetzen konnten. Sind die Zipser nun unmittelbar nach Kremenzen gekommen oder trifft dieselbe Zipser Beteiligung für die gesamte dunajetzdeutsche Grundlage zu? Das letztere ist nicht der Fall, wie sich in und um Bartfeld eindeutig zeigen ließ; denn hier fehlen die Zipser Züge. Für den alten dunajetzdeutschen Kernraum sind Siedlung und Volkstum jedenfalls als soweit schlesisch bestimmt erkannt, daß mit guten Gründen von einer dunajetzschlesischen Siedlung gesprochen werden kann. Die Mitbeteiligung von Zipser Lokatoren an der Erschließung des benachbarten galizischen Landstrichs ist gut bezeugt, ohne daß darüber hinaus vorderhand eine Beteiligung von Bauern und Bürgern erkennbar wäre. Das Fehlen der Waldhufendörfer wie der Ortsnamen auf „-hau“ in der eigentlichen Zips unterstreicht nachdrücklich unsere These, daß das Dunajetzdeutschum „nicht aus Zipser Wurzeln erwachsen sein kann“<sup>86)</sup>. Wären Zipser so stark am Aufbau des Dunajetzdeutschums beteiligt gewesen, wie es manchmal angenommen wird, dann ist es nicht einzusehen, warum im Zuge der gleichzeitigen Zipser Ausbausiedlung nicht auch Waldhufendörfer entstanden sind, warum man der Mode der nördlichen Nachbarschaft folgend nicht auch Orten den Namen „Hau“ gegeben hätte. Oder man muß meinen, die Zipser seien sogleich gänzlich in den Schlesiern aufgegangen. Denn jede Rückwirkung auf die doch ganz nahe Zipser Heimat fehlt. Die lebende Mundart von Hopgarten läßt keine Zipser Wurzeln erkennen trotz ihrer großen Altertümlichkeit, ebensowenig wie die bisher bekanntgewordenen Briefe aus Neu-Sandetz<sup>87)</sup>.

---

<sup>86)</sup> Verf., Kanzleisprache, S. 245.

<sup>87)</sup> Mir liegen eine größere Zahl von unveröffentlichten, z. T. auch bisher vollständig unbekannten Briefen aus Neusandetz vor wie auch aus zahlreichen anderen galizischen Städten.





# SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

---

I n K ü r z e e r s c h e i n e n :

## **Beiträge zur Siedlungsgeographie des Generalgouvernements**

herausgegeben von Dr. phil. habil. Hans Graul

1. Zur Typologie der Rodungssiedlungen auf der Nord-  
abdachung der Karpaten von Dr. Hans Graul
2. Dorfuntersuchungen in dem alten deutsch-ukrai-  
nischen Grenzbereich von Landshut  
von Gisela Hildebrandt  
mit einem Materialbeitrag von Stud.-Ass. O. Adamski

## **Zeittafel zur Geschichte des Weichselraumes**

von Dr. Erwin Hoff, Krakau

## **Die polnische Nationaldemokratie im Weltkrieg und auf der Pariser Friedenskonzferenz**

von Dr. Ellinor v. Puttkamer, Berlin

---

BURGVERLAG KRAKAU G.m.b.H.  
VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

# SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU

---

B e r e i t s e r s c h i e n e n :

## **Die Preußische Polenpolitik 1772-1914**

von Professor Dr. Laubert, Berlin

242 Seiten

Preis: Zl. 15.— (RM. 7.50)

## **Lublins Gründungshandfesten zu deutschem Recht 1317/1342**

von Dr. Erwin Hoff, Krakau

84 Seiten / 24 Urkunden / Preis: Zl. 10.— (RM. 5.—)

## **Die Anfänge des polnischen Staates**

von Dr. phil. habil. Ludat, Reichsuniversität Posen

94 Seiten

Preis: Zl. 7.50 (RM. 3.75)

---

**BURGVERLAG KRAKAU G.m.b.H.**

VERLAG DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE OSTARBEIT KRAKAU